

Geschäftsbericht 2009

04	Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen
12	Wirtschaftsbericht
14	Risikobericht
18	Prognosebericht
25	Sonstige Angaben

30	Bilanz zum 31. Dezember 2009
32	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009
34	Bericht des Réviseur d'Entreprises
35	Versicherung der gesetzlichen Vertreter

38	Allgemeine Anmerkungen
38	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
40	Angaben zu Aktivposten
43	Angaben zu Passivposten
44	Angaben zu außerbilanziellen Posten
45	Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung
46	Sonstige Erläuterungen
46	Anlagespiegel
47	Sonderangaben

52	Mitglieder des Verwaltungsrats
52	Geschäftsleiter der Bank im Berichtsjahr
52	Réviseur Spécial

Lagebericht

02-27

Jahresabschluss

28-35

Anhang

36-49

Gremien

50-52

04 **1. Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen**

04 1.1. Gesamtwirtschaftliche Lage

05 1.2. Branchenspezifische Lage

07 1.3. Konzern- und Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

12 **2. Wirtschaftsbericht**

12 2.1. Entwicklung der Ertragslage

13 2.2. Entwicklung der Vermögenslage

14 2.3. Entwicklung der Finanzlage

14 **3. Risikobericht**

14 3.1. Organisation, Verantwortlichkeiten und Aufgaben

15 3.2. Risikomessung, -steuerung und -management wesentlicher Risikoarten

18 **4. Prognosebericht**

18 4.1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

19 4.2. Branchenspezifische Bedingungen

20 4.3. Konzern- und Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

25 **5. Sonstige Angaben**

Lagebericht

1. Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

1.1. Gesamtwirtschaftliche Lage

Das Jahr 2009 war gezeichnet durch die andauernde Finanzkrise. Die gesamte Weltwirtschaft erlebte nach der Insolvenz von Lehman Brothers Mitte September 2008 in dem darauffolgenden Winterhalbjahr 2008/2009 einen massiven konjunkturellen Abschwung. Obwohl dieser Abschwung nahezu alle Volkswirtschaften erfasste, waren nicht alle gleichermaßen betroffen. So verzeichnete beispielsweise Polen als einziges Land der Europäischen Union auch 2009 ein leichtes Wachstum. Innerhalb der OECD-Mitgliedsstaaten erreichten dies lediglich Australien und Südkorea. Von der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders betroffen waren Länder, die in hohem Maße auf ausländisches Kapital angewiesen sind. Länder, wie China oder Indien, verzeichneten dagegen nur moderate Rückgänge der Wachstumsraten auf 8,2 bzw. 5,5 %.

Die Einbrüche in der Realwirtschaft überstiegen die Erwartungen der Experten. Die Politik reagierte auf den Konjunkturerinbruch mit umfangreichen Maßnahmenpaketen. Neben klassischen Instrumenten der Geld- und Fiskalpolitik wurden vor allem Maßnahmen ergriffen, die auf die Unterstützung des Bankensektors ausgerichtet waren. Die Bereitstellung von Krediten, Garantien und Eigenkapital sowie neue Gesetze verhinderten Insolvenzen weiterer systemrelevanter Banken.

Die Geldpolitik manifestiert sich zunächst in historischen Tiefstständen der Notenbankzinsen. So wurde in den USA die Federal Funds Target Rate Mitte Dezember 2008 auf 0,25 % fixiert, die Europäische Zentralbank behält seit Mitte Mai 2009 den Zins für die Hauptrefinanzierungsfazilität bei 1,0 %. Daneben wurde eine Reihe weiterer Maßnahmen ergriffen, die zu einer sogenannten quantitativen Lockerung beitrugen. Die wichtigste Maßnahme der Europäischen Zentralbank in diesem Bereich war die unbegrenzte – bzw. nur durch die Verfügbarkeit von Sicherheiten limitierte – Bereitstellung von Zentralbankgeld mittels der Hauptrefinanzierungsfazilität mit einer Laufzeit von einem Jahr. Die zuvor übliche Laufzeit waren sieben Tage.

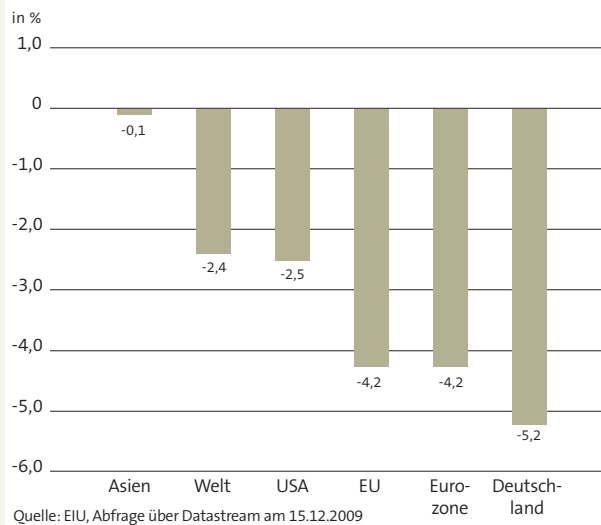
Auch die Fiskalpolitik wurde in nahezu allen Ländern deutlich ausgeweitet. In der Eurozone lag das durchschnittliche Haushaltsdefizit bei 6,4 %. Zusammen mit

dem konjunkturellen Abschwung stiegen die Staatsschulden innerhalb eines Jahres durchschnittlich um über 10,0 % an. Dies galt etwa für Spanien, Irland und Griechenland, deren Haushaltsdefizite 2009 mit 11,2 %, 12,5 % bzw. 12,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im zweistelligen Bereich lagen. Damit haben diese Länder die im Maastricht-Vertrag festgehaltene Grenze von 3,0 % weit überschritten. Als Folge haben sich erstmals in der Währungsunion wieder deutliche Zinsunterschiede für Staatsanleihen zwischen den Staaten der Eurozone herausgebildet. Experten sehen hierin eine deutliche Skepsis der Investoren, die nun auch in der Eurozone Länderrisiken wieder differenzierter sehen. Entsprechend unterschiedlich fallen auch die jeweiligen Ratings aus.

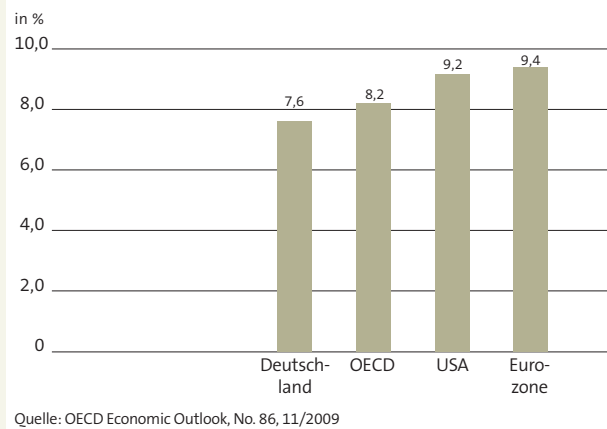
Der mit der Finanzkrise einhergehende Konjunkturerinbruch sorgte dafür, dass es trotz der ergriffenen Maßnahmen nicht zu einer Inflation kam. Weltweit ging die Inflationsrate sogar zurück. Zusätzlich sank auch der Ölpreis im Berichtsjahr deutlich im Vergleich zu den Höchstständen Mitte 2008, dennoch führten all diese Faktoren auch noch nicht zu einer Deflation.

Eine weitere Auswirkung der durch die Finanzkrise ausgelösten Wirtschaftskrise ist die gestiegene Arbeitslosigkeit. Dabei verlief die Entwicklung keinesfalls homogen. So verdoppelte sich die Arbeitslosenquote in den USA zwischen 2007 und 2009 nahezu, während sich in Deutschland die Anzahl der Erwerbslosen im gleichen Zeitraum sogar leicht verminderte. Ein Grund hierfür war der Einsatz der Kurzarbeit.

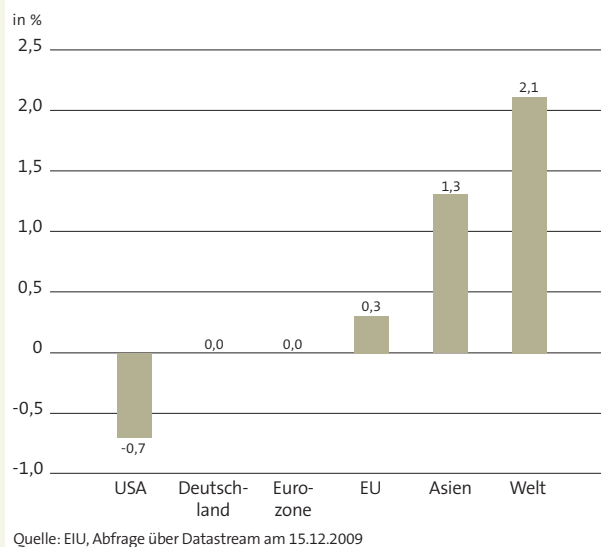
Reales BIP-Wachstum 2009



Arbeitslosenquoten 2009



Konsumentenpreisinflation 2009



1.2. Branchenspezifische Lage

Gesamtsituation der Bankenbranche 2009 war für die Bankenbranche ein sehr wechselhaftes Jahr. Die Ausweitung der Finanzkrise ab Herbst 2008 machte für Banken weltweit Kapitalunterstützung in Form von Krediten, Garantien oder Staatshilfen erforderlich, um Liquiditäts- oder Eigenkapitalengpässe zu vermeiden. In den USA mussten dennoch 140 Banken in 2009 geschlossen werden. Nach Berechnungen der Bank von England betragen die staatlichen Unterstützungen für das jeweilige Finanzsystem in den USA 73 % des dortigen Bruttosozialproduktes, 74 % in Großbritannien und 18 % in der Eurozone.

Gegen Ende 2009 konnten allerdings einige der US-amerikanischen und britischen Banken diese Staatshilfen meist auf der Basis hoher Gewinne im Investmentbanking ganz oder teilweise wieder zurückführen. Klassische Geschäfts- oder Kreditbanken ohne größere Aktivitäten im Investmentbanking verzeichneten dagegen bedingt durch hohen Risikovorsorgebedarf deutlich schlechtere Ergebnisse.

Zu Beginn der Krise wurden fällige Kredite in größerem Umfang verlängert, um sofortige Kreditausfälle zu vermeiden. Die verschlechterte Bewertung von Sicherheiten lässt dies jedoch kaum noch zu. Die gespannte gesamtwirtschaftliche Lage aber auch die knappe Eigen-

kapitalsituation und die gestiegenen Risikobewertungsanforderungen haben zudem das Neugeschäft im Kreditbereich deutlich reduziert.

Um das Vertrauen sowohl in die Banken als auch zur Kreditvergabe wieder herzustellen, haben die Regierungen weltweit unterschiedliche Modelle entwickelt. In Deutschland hat die Politik im Sommer 2009 Gesetze auf den Weg gebracht, die die Gründung sogenannter Abwicklungsanstalten erlauben. Diese ermöglichen es Banken, risikobehaftete Wertpapiere und Kredite aus der Bilanz zu übertragen und dadurch ihre Eigenkapitalrelationen nicht noch weiter zu verschlechtern. In Großbritannien dagegen werden Darlehen dem staatlichen Vermögenssicherungssystem unterstellt. Die US-Regierung hat unterdessen Sicherheiten für verbriefte Immobiliendarlehen abgegeben und die Regeln bei Zahlungsverzug gelockert.

Staatsfinanzierung Im Verlauf der Finanzkrise gerieten auch öffentliche Körperschaften in einen Kreditengpass. Länder wie Italien oder Frankreich mussten zum Beispiel besondere Maßnahmen ergreifen, um regionale Körperschaften finanziell zu unterstützen. Mittlerweile fließt jedoch wieder ein beträchtlicher Teil der auf den Märkten verfügbaren Liquidität in die Finanzierung öffentlicher Körperschaften.

In unseren Kernmärkten Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien wurde die Verfügbarkeit von Liquidität zur Finanzierung regionaler Körperschaften mindestens von einem der folgenden Faktoren unterstützt:

- Risikoaverses Angebotsverhalten von Regional- und Geschäftsbanken, die deshalb Kredite vermehrt im öffentlichen Sektor vergeben statt an die Privatwirtschaft
- Steigendes Volumen der Kundeneinlagen bei großen Geschäftsbanken
- Lockerung der Beleihungsrichtlinien für Anleihen und Darlehen bei der EZB, um eine günstigere Refinanzierung zu ermöglichen
- Unterstützung des europäischen Marktes für gedeckte Anleihen, wie den deutschen Pfandbrief, durch die EZB mit der Absicht, Bonds im Wert von bis zu 60 Mrd € zu erwerben (bis zum 8. Dezember

2009 hatte die EZB Bonds im Wert von 28,3 Mrd € erworben).

Obwohl sich im Laufe des Berichtsjahres einzelne Marktteilnehmer von der Staatsfinanzierung zurückzogen, erschlossen einige Regionalbanken ihre heimischen Märkte erfolgreich und sorgten so vor allem in der zweiten Jahreshälfte für verstärkten Wettbewerb. Nachdem aufgrund vorübergehender Maßnahmen (z.B. beschleunigte Mehrwertsteuerrückzahlung in Frankreich) die Nachfrage nach Finanzierungen für Gebietskörperschaften kleiner geworden war, erhöhte sich der Druck auf die Margen.

Deshalb erhielten die regionalen und kommunalen Körperschaften in den Kerngebieten wieder einfacheren Zugang zu den Finanzierungsmärkten bei vergleichsweise geringerem Risikoaufschlag. Ein großer Unterschied zwischen den Märkten besteht in der Fristigkeit: während beispielsweise in Spanien Laufzeiten bis zu zehn Jahren angeboten werden, beträgt die Laufzeit für staatliche Schuldner in Frankreich und Deutschland 20-30 Jahre.

Obleich der Zugang zu Refinanzierungsmitteln für Staaten und Gebietskörperschaften leichter wurde, stufen die Ratingagenturen einige EU Länder herab. Portugal wurde beispielsweise auf A+ herabgestuft¹, das Rating von Großbritannien und Spanien zwar auf AAA belassen, aber jeweils mit negativer Prognose versehen² und Griechenland wurde zuletzt auf BBB+ herabgestuft³. Diese Entwicklung spiegelte sich auch in ausgewählten Credit Default Swaps (CDS) sowie den Risikoaufschlägen für zehnjährige Staatsanleihen wider.

Refinanzierungsmärkte Die Refinanzierungsmärkte haben sich im Laufe des Jahres 2009 kontinuierlich stabilisiert. In der zweiten Jahreshälfte fanden vermehrt erfolgreiche Kapitalmarktmissionen statt. Positiv hat sich der Markt für gedeckte Schuldverschreibungen hervorgetan. Neben den sogenannten Benchmark-Covered-Bond-Transaktionen mit einem Volumen von mehr als 1 Mrd € konnten auch Privatplatzierungen in einem vergleichsweise hohen Umfang realisiert werden. Zur Stabilisierung hat auch das Covered-Bond-Kaufprogramm der EZB beigetragen. Andere Märkte

haben die positive Spread-Entwicklung am Markt für gedeckte Schuldverschreibungen teilweise nachvollzogen. So haben sich auch die Märkte für unbesicherte Bank-Emissionen weiter stabilisiert. Jedoch ist das Niveau der Risikoaufschläge generell immer noch höher als vor der Finanzkrise. Der Geldmarkt hat sich noch nicht wieder vollständig erholt. Die umgesetzten Volumina außerhalb der Offenmarktgeschäfte der EZB sind weit geringer als vor der Finanzmarktkrise.

Wesentliche rechtliche Rahmenbedingungen Das im Juli 2009 von der Bundesregierung erlassene Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung ermöglicht es Kreditinstituten, erworbene Risikoaktiva und nicht strategische Geschäftsbereiche in eine Abwicklungsanstalt auszulagern. Das sogenannte Abwicklungsanstalt-Modell ermöglicht die Entlastung der Bankbilanzen von Problemaktiva und ist von grundlegender Bedeutung für die HRE Group. Die Errichtung einer Abwicklungsanstalt nach § 8a FMStFG (Anstalt in der Anstalt – AidA) hat die HRE Holding am 21. Januar 2010 bei der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) beantragt.

Auch die Neufassung der „Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten“ (MaRisk) war für die HRE Group bedeutend. Hier sind vor allem die aufsichtrechtlichen Anforderungen an Stresstesting, Liquiditätsrisiko sowie Risikokonzentration von Relevanz. Höhere Anforderungen stellt die MaRisk nun auch an das gruppenweite Risikomanagement. Darin wird ausdrücklich gefordert, dass eine Strategie für den gesamten Konzern entwickelt wird, d.h. die Risikofähigkeit muss für den gesamten Konzern gewährleistet sein.

1.3. Konzern- und Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

1.3.1. Konzernspezifische Rahmenbedingungen

1.3.1.1 Organisatorische und rechtliche Struktur der HRE Group Die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. (HPBI) ist als eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der DEPFA Bank plc ein Mitglied der Hypo Real Estate Group (HRE Group). Die Konzernstruktur der HRE bestand im Berichtsjahr insbesondere aus der übergeordneten HRE Holding und den operativen Banktochterunternehmen Hypo Real Estate Bank AG und DEPFA Deutsche

Pfandbriefbank AG, sowie der DEPFA Bank plc. Die DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG wurde am 29. Juni 2009 auf die Hypo Real Estate Bank AG verschmolzen und in die Deutsche Pfandbriefbank AG umfirmiert. Die HRE Holding verantwortet als Führungsholding die gesamte strategische Steuerung des Konzerns. Hier werden die konzernübergreifenden Aufgaben wahrgenommen. In der divisionalen Struktur der HRE Group gliedern sich die Verantwortungsbereiche in die drei Geschäftssegmente Commercial Real Estate, Capital Markets & Asset Management und Public Sector & Infrastructure Finance, dem die HPBI angehört.

1.3.1.2 Strategie der HRE Group Im Geschäftsjahr 2009 war die HRE konzernübergreifend in drei Berichtssegmenten tätig: Commercial Real Estate (gewerbliche Immobilienfinanzierung), Public Sector & Infrastructure Finance (Finanzierung der öffentlichen Hand) sowie Capital Markets & Asset Management (Kapitalmarktgeschäft & Asset Management). Letzteres Segment hat für die Zukunft der HRE Group keine strategische Bedeutung mehr, die Töchter Collineo Asset Management GmbH und DEPFA First Albany Securities LLC wurden bereits Anfang 2009 verkauft. Lediglich im Zusammenhang mit Finanzierungsstrukturierungen werden in den Geschäftssegmenten Commercial Real Estate und Public Sector Finance Kapitalmarktprodukte zur Risikoreduzierung für Kunden angeboten.

Strategie zum wertschonenden Abbau von Kredit- und Wertpapierportfolien In Abstimmung mit dem Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) hat die HRE bei der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) einen Antrag auf Errichtung einer Abwicklungsanstalt zum wertschonenden Abbau von Vermögensgegenständen gestellt. Auf diese Abwicklungsanstalt will die HRE Geschäftsbereiche, die für die Neuausrichtung des Unternehmens nicht strategienotwendig sind, und weitere Bilanzpositionen übertragen. Die Übertragung soll im zweiten Halbjahr 2010 nach Genehmigung aller erforderlichen Institutionen und Organe erfolgen und Vermögenswerte bis zu 210 Mrd € umfassen. Kredite, die nicht mehr im strategischen Fokus der Kernbank stehen, können so auch im Interesse der Kunden wertschonend weitergeführt werden. Außerdem soll durch die Übertragung der weitere Kapitalbedarf der Deutsche Pfandbriefbank AG sinken und die Gesellschaft schneller reprivatisierungsfähig gemacht werden. Ob und inwieweit dem

Antrag auf Errichtung der Abwicklungsanstalt stattgegeben wird, liegt im Ermessen der FMSA.

1.3.1.3 Wesentliche Ereignisse

Liquiditätssichernde Maßnahmen Der Konzern griff im Geschäftsjahr 2009 unverändert auf Liquiditätshilfen eines Konsortiums der Finanzwirtschaft sowie des SoFFin zurück. Diese Liquiditätsunterstützung summierte sich per 31. Dezember 2009 auf 95,0 Mrd €. Die Entwicklung ist der unten stehenden Tabelle zu entnehmen.

Der SoFFin hat zunächst am 4. November 2009 den gesamten Garantierahmen für die HRE Group in Höhe von 52 Mrd € bis zum 30. Juni 2010 verlängert. Die Verlängerung war erforderlich, da die Garantien zum 18. November 2009 ausliefen. Die Deutsche Pfandbriefbank AG kann die SoFFin-Garantien weiterhin nutzen, um auszugebende Schuldverschreibungen zu besichern. Die Konditionen der Garantie blieben unverändert: So zahlte die Deutsche Pfandbriefbank AG an den SoFFin eine zeitanteilig berechnete Bereitstellungsprovision in Höhe von 0,1 % auf den nicht in Anspruch genommenen Teil des Garantierahmens. Für ausgestellte Garantien fiel eine Provision in Höhe von 0,5 % p. a. an.

Für die seit November 2008 bestehende Liquiditätsfazilität für die HRE Group mit einem ursprünglichen Volumen in Höhe von 50 Mrd € haben der SoFFin, die HRE Group und ein Konsortium der deutschen Finanzwirtschaft am 21. Dezember 2009 eine neue Struktur vereinbart. Die neue Liquiditätsfazilität hatte sich aufgrund von Tilgungen im Laufe des Jahres 2009 auf 43 Mrd € reduziert. Davon hat das Konsortium der deutschen Finanz- und Versicherungswirtschaft rund 23 Mrd € gezeichnet. Die Auszahlung erfolgte am 23. Dezember 2009 bzw. am 30. Dezember 2009 und stand unter den üblichen Auszahlungsvoraussetzungen. In Höhe von 20 Mrd € wurden Wertpapiere der Deutsche Pfandbriefbank AG begeben, die wie bisher über Zentralbanken, aber auch über den Markt refinanziert wurden. Die Fazilität wurde in vollem Umfang mittels SoFFin-Garantien mit einer Laufzeit bis zum 22. Dezember 2010 besichert. Die Bundesgarantien über 35 Mrd € wurden abgelöst. Das Sicherheitenportfolio über ursprünglich rund 60 Mrd € wird bis zum 31. März 2010 weitgehend freigegeben werden. Sowohl die Bundesgarantie als auch das Sicherheitenportfolio dienen als Sicherheit für die ursprüngliche Fazilität in Höhe von 50 Mrd €. Nicht freigegeben sind die Verpfändungen der Anteile an der Deutschen Pfandbriefbank AG und der DEPFA Bank plc sowie die Verpfändungen der Anteile an

Liquiditätsunterstützungsmaßnahmen für die HRE				
Art der Unterstützungsmaßnahme	Datum der Gewährung	Fälligkeit unter Berücksichtigung von Prolongationen	Ursprünglicher Nominalbetrag in Mrd €	Nominalbetrag zum 31.12.2009
Emission von staatlich garantierten, EZB-fähigen Inhaberschuldverschreibungen (= Ablösung der Liquiditätskreditlinie der Deutschen Bundesbank vom 13.11.2008 bis 26.03.2009)	26.03.2009	30.12.2009	20,0	–
Emission von staatlich garantierten, EZB-fähigen Inhaberschuldverschreibungen	13.11.2008	23.12.2009	15,0	–
Emission von besicherten Schuldverschreibungen	13.11.2008	23.12.2009	15,0	–
Ablösung eines vom SoFFin gewährten Garantierahmens	19.04.2009	30.06.2010	52,0	52,0
Emission von SoFFin-garantierten Inhaberschuldverschreibungen (Ablösung der staatlich garantierten und der besicherten Schuldverschreibungen vom 26.03.2009 bis 23.12.2009)	23.12.2009	22.12.2010 ¹	23,0	23,0
Emission von SoFFin-garantierten EZB-fähigen Inhaberschuldverschreibungen (Ablösung der staatlich garantierten, EZB-fähigen Inhaberschuldverschreibungen vom 26.03.2009 bis 23.12.2009)	30.12.2009	22.12.2010	20,0	20,0
Summe der Liquiditätsunterstützung				95,0

¹ Gemäß § 5 (1) der Anleihebedingungen sind zum 23.03./23.06./23.09.2010 Teilrückzahlungen von jeweils 1,5 Mrd € vorzunehmen.

Tochterunternehmen der DEPFA Bank plc. Mit dieser Restrukturierung reduzieren sich die Kosten der HRE Group für die Liquiditätsbereitstellung. Die vom Konsortium übernommenen Wertpapiere werden mit dem EURIBOR-Zinssatz + 0,10 Prozentpunkte p.a. verzinst.

Rekapitalisierung Der SoFFin hat die HRE Group im Geschäftsjahr 2009 zunächst mit insgesamt rund 6 Mrd € rekapitalisiert: 3 Mrd € flossen der HRE Holding über zwei Kapitalerhöhungen im März und im Juni 2009 zu. Im November 2009 erhielt der Konzern weitere 3 Mrd €. Die EU-Kommission hat mit Entscheidung vom 13. November 2009 die weitere Rekapitalisierungstranche für die HRE vorläufig, d.h. bis zur endgültigen Entscheidung über den Umstrukturierungsplan, mit den Beihilfevorschriften des EG-Vertrags für vereinbar erklärt.

Die jüngste Kapitalzuführung durch den SoFFin erfolgte auf Ebene der HRE Holding und der Deutsche Pfandbriefbank AG: In die Rücklage der HRE Holding zahlte der SoFFin 700 Mio € ein. Bei der Deutsche Pfandbriefbank AG wurden 1,3 Mrd € den Rücklagen zugeführt; 1 Mrd € wurde als stille Einlage gezahlt. Darüber hinaus hat der SoFFin am 6. November 2009 in einer schriftlichen Absichtserklärung gegenüber der HRE erneut bekräftigt, Kapital in hinreichender Höhe zur Verfügung zu stellen, um mindestens die Fortführung der HRE Holding und ihrer wesentlichen Tochtergesellschaften und das erforderliche tragfähige Geschäftsmodell, insbesondere der Deutsche Pfandbriefbank AG sicherzustellen. Die Unterstützung, die die HRE Group insgesamt vom Bund erhält, ist abhängig vom Ergebnis einer abschließenden Prüfung, gegebenenfalls eine Abwicklungsanstalt für nicht strategische oder notleidende Vermögenswerte der HRE Group einzurichten. Diese sowie gegebenenfalls weitere Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt, dass sie die beihilferechtlichen Anforderungen der EU-Kommission erfüllen.

Restrukturierung und strategische Neuausrichtung der HRE Die zwingend erforderlichen Voraussetzungen für die Restrukturierung der HRE Group wurden auf zwei außerordentlichen und einer ordentlichen Hauptversammlung im Jahre 2009 getroffen.

Außerordentliche Hauptversammlung im Juni 2009 Am 2. Juni 2009 fand in München mit rund 2.000 Aktionären die erste außerordentliche Hauptversammlung der HRE Holding statt. Auf der Tagesordnung stand ausschließlich die „Beschlussfassung über eine Erhöhung des Grundkapitals gemäß §§ 182 ff. AktG i.V.m. § 7 FMStBG gegen Bareinlagen unter Ausschluss des Bezugsrechtes der Aktionäre“. Die Präsenz zum Zeitpunkt der Abstimmung über diesen einzigen Tagesordnungspunkt belief sich auf 74,06 % des Grundkapitals. Die Aktionärinnen und Aktionäre stimmten der von Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagenen Kapitalerhöhung mit großer Mehrheit zu (73,95 %). Zur Zeichnung der neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung wurde ausschließlich der SoFFin zugelassen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen. Der SoFFin hatte sein Bezugsrecht ausgeübt und rund 986,5 Mio Aktien zu einem Ausgabebetrag von 3,00 € gezeichnet. Das Amtsgericht München als zuständiges Registergericht trug die Kapitalerhöhung am 8. Juni 2009 ein. Damit beträgt das Grundkapital der Gesellschaft 3.652.885.800 €, das sich in 1.217.628.600 Stückaktien aufteilt. Der SoFFin hält nunmehr 90 % der Aktien der HRE Holding. Der HRE Holding flossen aus dieser Kapitalerhöhung rund 2,96 Mrd € zu.

Ordentliche Hauptversammlung im August 2009 Am 13. August 2009 fand die ordentliche Hauptversammlung der HRE Holding in München statt, zu der rund 1.750 Aktionäre kamen. Die Hauptversammlung wählte turnusgemäß einen neuen Aufsichtsrat. Zudem stimmte die Hauptversammlung auch einer vom Aufsichtsrat vorgeschlagenen Sonderprüfung nach dem Aktiengesetz zu. Prüfungsgegenstand sind die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Erwerb der irischen DEPFA Bank plc und der Liquiditätssteuerung der HRE Holding. Zwei weitere Anträge auf Sonderprüfung betreffend den Erwerb von Anteilen an der irischen DEPFA Bank plc, mögliche Bilanzmanipulationen und falscher Darstellung der Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage der HRE Group wurden ebenfalls angenommen. Die Hauptversammlung hat entschieden, dass alle Sonderprüfungen einheitlich von einem Prüfer durchgeführt werden sollen. Ein weiterer Antrag von Aktionären auf Sonderprüfung hinsichtlich des Ausgabebetrags neuer Anteile bei den im März und im Juni 2009 durchgeführten Kapitalerhöhungen sowie des Ausschlusses des Bezugsrechtes wurde von der Hauptversammlung zu-

rückgewiesen. Die Entlastung der ausgeschiedenen Mitglieder des Vorstands und der bereits vor der ordentlichen Hauptversammlung ausgeschiedenen Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2008 (mit Ausnahme von Dr. Edgar Meister, der den Aufsichtsrat bereits im Mai 2009 verlassen hatte) wurde vertagt. Den zum Zeitpunkt der Hauptversammlung amtierenden Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats (sowie einschließlich Dr. Edgar Meister), die bereits 2008 im Amt waren, wurde für das Geschäftsjahr 2008 mit großer Mehrheit Entlastung erteilt. Die Präsenz zum Zeitpunkt der Abstimmungen belief sich auf rund 95 % des Grundkapitals.

Außerordentliche Hauptversammlung im Oktober 2009 An der zweiten außerordentlichen Hauptversammlung der HRE Holding am 5. Oktober 2009 in München nahmen rund 1.450 Aktionäre teil. Die Hauptversammlung der HRE Holding beschloss mit einer Mehrheit von rund 95 % der anwesenden Stimmen den Ausschluss der Minderheitsaktionäre. Zum Zeitpunkt der Abstimmung betrug die Präsenz rund 95 % des Grundkapitals. Der Ausschluss der Minderheitsaktionäre erfolgte auf Verlangen des SoFFin, der zum Zeitpunkt der Hauptversammlung als Mehrheitsaktionär 90 % der HRE Aktien hielt. Die Aktionäre erhielten eine Barabfindung von 1,30 € je Stückaktie. Vollzogen wurde die Übertragung der Aktien mit Eintragung des Übertragungsbeschlusses in das Handelsregister am 13. Oktober 2009, womit der SoFFin vollständiger Eigentümer der HRE Holding wurde.

Standortschließungen bzw. -konsolidierungen in der HRE Group Die Reduzierung bzw. Konsolidierung der Standorte schreitet im Plan gut voran. Seit Januar 2009 wurden bereits 22 Standorte weltweit geschlossen; weitere zwei Standortschließungen sollen bis Ende des Jahres 2010 folgen. Darüber hinaus wurden an Standorten mit mehreren Bürogebäuden (Dublin, London, Madrid, Paris, New York) die Büros zusammengelegt.

Verkäufe von Wertpapier- und Forderungsportfolios Die HRE Group hat im September 2009 erfolgreich ein Auktionsverfahren für Forderungen der Gruppe aus dem Insolvenzverfahren von Lehman Brothers abgeschlossen. Im Rahmen der Auktion veräußerte der Konzern weitgehend alle seine Forderungen gegen die Lehman Brothers Holding bzw. verbundene Unter-

nehmen im Volumen von rund 232,5 Mio €. Durch den Verkauf realisiert der Konzern einen Buchgewinn. Darüberhinaus hat die HRE Group im Jahr 2009 CDOs und MBS (verbriefte Hypothekenkreditforderungen) mit einem Nominalwert von 1,3 Mrd €, sowie ein Portfolio von amerikanischen Studentenkrediten (Student Loans) (Nominalwert von 0,5 Mrd €) verkauft.

HRE stellt Antrag auf Einrichtung einer Abwicklungsanstalt

Die HRE hat am 21. Januar 2010 in Abstimmung mit dem SoFFin bei der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) einen Antrag auf Errichtung einer Abwicklungsanstalt zum wertschonenden Abbau von Vermögensgegenständen der HRE Group gestellt. Auf diese Abwicklungsanstalt will die HRE Geschäftsbereiche, die für die Neuausrichtung des Unternehmens nicht strategienotwendig sind, und weitere Bilanzpositionen übertragen. Die Übertragung soll im zweiten Halbjahr 2010 nach Genehmigung aller erforderlichen Institutionen und Organe erfolgen und Vermögenswerte bis zu 210 Mrd € umfassen. Durch diese Transaktion kann sich die strategische Kernbank der HRE Group, die Deutsche Pfandbriefbank AG, weiter auf das nachhaltige und zukunftssträchtige Kerngeschäft konzentrieren. Kredite, die nicht mehr im strategischen Fokus der Kernbank stehen, können so auch im Interesse der Kunden wertschonend weitergeführt werden.

Personelle Veränderungen im Vorstand der HRE Holding

Im Berichtszeitraum gab es folgende personelle Veränderungen im Vorstand: die Vorstandsmitglieder Bettina von Oesterreich, Dr. Robert Grassinger und Cyril Dunne verließen zum 31. Januar 2009 den Vorstand der HRE Holding. Cyril Dunne gehört weiterhin dem Board of Directors der DEPFA Bank plc sowie dem Verwaltungsrat der HPBI an.

Der Aufsichtsrat bestellte mit Wirkung zum 1. Februar 2009 Manuela Better zum Vorstand der HRE Holding. Sie verantwortet die Funktion des Risikovorstands (CRO). Desweiteren berief der Aufsichtsrat zum 1. Oktober 2009 Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen in den Vorstand. Er übernahm die Funktion des Finanzvorstandes (CFO). Dr. Bernhard Scholz wurde vom Aufsichtsrat zum 1. Januar 2010 als Mitglied des Vorstands der HRE Holding bestellt. Er verantwortet das Ressort Immobilienfinanzierung.

Ratings Im Geschäftsjahr 2009 und bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses kam es im Hinblick auf die Bank- und Covered Bond Ratings zu folgenden wesentlichen Ratingveränderungen der drei mandatierten Ratingagenturen:

Im Januar 2009 setzte Fitch Ratings im Vorfeld der avisierten Verschmelzung mit dem öffentlichen Deckungsstock der Hypo Real Estate Bank AG das Rating der Öffentlichen Pfandbriefe der DEPPFA Deutsche Pfandbriefbank AG auf Überprüfung für eine mögliche Herabstufung.

Anfang Februar beendete Moody's die Überprüfung der Ratings und senkte das Langfristrating der Banken wegen der zu erwartenden staatlichen Unterstützung nur um eine Stufe von A2 auf A3. Die weiteren Ratingnoten wurden bestätigt, der Ausblick auf alle Ratings ist negativ. In einer weiteren Ratingaktion, bestätigte Moody's die Ratings der Pfandbriefe der Hypo Real Estate Bank AG und der DEPPFA Deutsche Pfandbriefbank AG und beendete damit die Überprüfung auf Herabstufung. Gleichzeitig wurde das Rating der Asset Covered Securities der DEPPFA ACS Bank von Aa1 auf Aa2 gesenkt; dieses Rating verbleibt zunächst noch unter Überprüfung auf Herabstufung.

Anfang April 2009 stellte Standard & Poor's die Bankratings wegen der zu erwartenden staatlichen Unterstützung auf „Credit Watch Positive“ (Überprüfung auf Ratingverbesserung).

Nach der außerordentlichen Hauptversammlung der HRE Holding am 2. Juni 2009 verbesserte Fitch das Kurzfristrating von F1 auf F1+.

Die am 29. Juni 2009 erfolgte Verschmelzung der DEPPFA Deutsche Pfandbriefbank AG auf die Hypo Real Estate Bank AG, die heute als Deutsche Pfandbriefbank AG firmiert, blieb ohne Auswirkung auf die Ratings.

Ende November 2009 beendete Fitch Ratings die bis dahin andauernde Überprüfung der Öffentlichen Pfandbriefe der Deutsche Pfandbriefbank und bestätigte das AAA-Rating.

1.3.2. Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

Die HPBI reagierte auf diese weiterhin schwierigen Bedingungen an den Geld- und Kapitalmärkten und die Unsicherheit über die weitere Zukunft der HRE Group und damit eng verbunden auch der HPBI mit anhaltender Zurückhaltung im Kreditneugeschäft und in der Emissionstätigkeit.

Das Hauptaugenmerk der Bank lag auch im Geschäftsjahr 2009 auf der jederzeitigen Sicherstellung der Liquidität. Aufgrund der hohen Qualität des Anlagebestandes war die Bank in der Lage, einen großen Teil ihres Liquiditätsbedarfs im Rahmen von Pensions- und Tendergeschäften sicherzustellen. Daneben wurden im Berichtsjahr eigene Pfandbriefe in einem Volumen von 715 Mio € emittiert.

Überblick der Ratings der Konzerngesellschaften und Covered Bonds zum 31. Dezember 2009

	Standard & Poor's ¹	Moody's	Fitch
Langfristrating	BBB	A3	A-
Ausblick	Überprüfung auf Ratingverbesserung	Negativ	Stabil
Kurzfristrating	A-2	P-1	F1+
Öffentliche Pfandbriefe	AAA ²	Aaa	AAA
Hypothekendarlehen	AAA ²	Aa3	AA+ ²
Asset Covered Securities	AAA ²	Aa2 ²	AAA
Lettres de Gage	AAA ²	-	-

¹ Für die HPBI und deren Lettres de Gage werden nur von Standard & Poor's Ratingnoten vergeben.

² Überprüfung auf Herabstufung

Den negativen Implikationen der Finanzmarktkrise und deren Auswirkungen auf die HRE Group konnte sich die HPBI aufgrund ihrer engen Einbindung in die Gruppe nicht entziehen. Der Zugang zu Pensionsgeschäften mit externen Partnern als auch die unbesicherten Geldaufnahmen waren im Geschäftsjahr 2009 weiterhin schwierig, es zeigten sich aber im Jahresverlauf erste Besserungstendenzen.

Aufgrund der anhaltenden Unsicherheit über die weitere Zukunft der HRE und somit der HPBI war für die Bank der Zugang zu den Geldmärkten versperrt. Dementsprechend wurde das Hilfspaket der deutschen Finanzwirtschaft und des SoFFin für die HRE Group (wie in Punkt 1.3.1.3 beschrieben) im Jahr 2009 weiterhin indirekt über die DEPFA Bank plc bzw. die Deutsche Pfandbriefbank AG von der HPBI in Anspruch genommen. Im Berichtszeitraum wurden von der HPBI durchschnittlich 520 Mio € SoFFin-garantierter Liquiditätsfazilitäten über die HRE Group in Anspruch genommen.

Rating Für die HPBI sowie deren öffentliche Pfandbriefe (Lettres de Gage Publiques) vergibt die Ratingagentur Standard & Poor's Ratingnoten. Entsprechend der Ratings der anderen Konzerneinheiten liegt das Langfristrating der HPBI bei BBB, das Kurzfristrating bei A-2. Diese Ratings wurden Anfang April 2009 auf „Credit Watch Positive“ (Überprüfung auf Ratingverbesserung) gestellt. Die Lettres de Gage Publiques sind mit AAA gerated, und befinden sich unter Überprüfung auf Herabstufung.

Gesellschaftsrechtliche Veränderungen Durch die Übertragung der Geschäftsaktivitäten der Hypo Public Finance Bank auf die DEPFA Bank plc zum 31. März 2008 wurde die DEPFA Bank plc einziger Aktionär der HPBI. Die HPBI hat zum 1. April 2008 eine umfassende Garantie der DEPFA Bank plc erhalten, die mit Wirkung vom 3. Juni 2009 verlängert wurde.

Der Verwaltungsrat der HPBI hat im Geschäftsjahr 2009 in mehreren Sitzungen und Umlaufbeschlüssen, die gemäß der Satzung und Geschäftsordnung der Bank berichtspflichtigen Vorgänge beraten und dazu Entscheidungen getroffen. Hierbei waren nicht nur die Verabschiedung des Jahresabschlusses 2008 sondern auch der Fortbestand der Bank, sowie die

Veräußerung von nicht-strategischen Vermögenswerten Hauptthemen.

Herr Dr. Markus Fell hat sein Verwaltungsratsmandat zum 20. Januar 2009 niedergelegt. Herr Matthew Cyril Dunne wurde am 2. Februar 2009 in den Verwaltungsrat berufen und zum Verwaltungsratsvorsitzenden gewählt. Am 23. Februar 2009 wurden Herr Stephane Rio und Herr Michael Schultheiss in den Verwaltungsrat aufgenommen. Frau Julia Hoggett hat den Verwaltungsrat zu diesem Zeitpunkt verlassen. Herr James William Campbell hat sein Verwaltungsratsmandat am 27. April 2009 niedergelegt.

In der Hauptversammlung am 29. April 2009 wurde Frau Fiona Gegan als neues Verwaltungsratsmitglied bestellt. Herr Matthew Cyril Dunne (als Vorsitzender), Herr Hagen Schmidt, Herr Klaus Söllner und Herr Stephane Rio wurden als Verwaltungsratsmitglieder bestätigt, das Mandat von Herrn Michael Schultheiss lief mit dem Tag der Hauptversammlung aus.

Am 13. August 2009 wurde Herr Markus Fels in den Verwaltungsrat aufgenommen. Frau Fiona Gegan hat ihr Verwaltungsratsmandat zu diesem Zeitpunkt niedergelegt. Herr Klaus Söllner ist am 31. August 2009 aus dem Verwaltungsrat sowie aus der Geschäftsführung der HPBI ausgeschieden. Am 1. September hat Frau Daniela Obermeier ihre Tätigkeit als Mitglied der Geschäftsführung der HPBI aufgenommen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Entwicklung der Erfolgslage

Die Erfolgslage der HPBI war im Geschäftsjahr 2009 von der spezifischen Situation der HRE Group geprägt. Das Ergebnis vor Steuern beläuft sich auf 2,8 Mio € und ist in Höhe von 6,6 Mio € mit Sondereffekten aus der Veräußerung von Vermögenswerten und freiwilligen Zuführungen zur Risikoversorge belastet. Das negative Provisionsergebnis von 6,1 Mio € ist in Höhe von 5,2 Mio € auf die Aufwendungen für die Garantien im Zusammenhang mit den Liquiditätsunterstützungen des SoFFin und der Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen. Ohne diese Unterstützung wäre der Fortbestand der HPBI jedoch nicht gewährleistet gewesen. Das Vorsteuerergebnis vor Risikoversorge und Ver-

äußerungsverlusten liegt mit 9,5 Mio € nur um 16 % unter Vorjahresniveau (11,3 Mio €). Die Zuführungen zur (pauschalierten) Risikovorsorge bemisst sich nach den lokalen steuerlichen Bestimmungen. Individuelle Leistungsstörungen wurden nicht beobachtet und werden zum jetzigen Zeitpunkt auch künftig nicht erwartet.

Der Zinsüberschuss stieg auf 18,6 Mio €, nach 16,4 Mio € im Geschäftsjahr 2009. Primär ist der Anstieg auf hohe Erträge im Geldmarktbereich zurückzuführen. Die Zinssenkungen im Jahr 2009 ermöglichten es, im ersten Halbjahr sinkende Refinanzierungsaufwendungen zu nutzen. Unter Berücksichtigung der im Provisionsergebnis enthaltenen Aufwendungen für die externen Liquiditätsunterstützungen ist allerdings ein leichter Rückgang des Zinsüberschusses gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Seit Mitte des Jahres 2009 entstand aufgrund des inzwischen stabilen Zinsniveaus kein materiell begünstigender Einfluss auf den Zinsüberschuss der HPBI mehr. Die Kursverluste aus Anlagebestand sind im Zuge des konsequenten Abbaus von nicht-strategischen Vermögenswerten entstanden. Wertberichtigungen wegen voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen mussten für die Finanzanlagen nicht vorgenommen werden. In Übereinstimmung mit den steuerlichen Bestimmungen in Luxemburg wird von der Möglichkeit einer Sammelwertberichtigung zur Vorsorge gegen latente Kreditrisiken Gebrauch gemacht und

1,0 Mio € der Risikovorsorge zugeführt. Der Verwaltungsaufwand konnte gegenüber 2008 um 7,2 % reduziert werden, vor allem aufgrund deutlich geringerer Personalkosten.

2.2. Entwicklung der Vermögenslage

Die Bilanzsumme der HPBI belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 8.054 Mio €, nach 9.211 Mio € zum 31. Dezember 2008.

Der Forderungsbestand einschließlich Wertpapiere beträgt 7.091 Mio €. Das entspricht gegenüber 31. Dezember 2008 (8.125 Mio €) einem Rückgang um 12,7 %.

Im Berichtsjahr hat die Bank keine Wertpapiere und Schuldverschreibungen erworben. Es wurden Wertpapiere in Höhe von nominal 208 Mio € verkauft. Der weitere Rückgang ist im Wesentlichen auf Endfälligkeiten zurückzuführen.

Derivative Finanzinstrumente wurden nur zur Absicherung gegen Risiken aus Marktwertveränderungen eingesetzt. Die Veränderung der Marktwerte dieser Derivate trägt zum Rückgang der Bilanzsumme mit bei.

Sämtliche Wertpapiere sind dem Anlagebestand zugeordnet und werden dort nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Wertberichtigungen wegen vor-

Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform

in Tsd €	31.12.2009	Vorjahr
Zinsüberschuss	18.602	16.357
Provisionsergebnis	-6.059	-713
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	108	105
Personalaufwand	-1.264	-1.485
Andere Verwaltungsaufwendungen	-2.565	-2.511
Abschreibungen auf Sachanlagen	-150	-289
Verwaltungsaufwand	-3.979	-4.286
Sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	777	-170
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	9.449	11.293
Kursgewinne/Verluste aus Anlagebestand	-5.633	-57
Risikovorsorge	-1.000	-3.000
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	2.816	8.236
Steuern	-350	-936
Jahresüberschuss	2.466	7.300

aussichtlich dauerhaften Wertminderungen mussten nicht vorgenommen werden. Zum 31. Dezember 2009 bestanden für Wertpapiere des Anlagebestandes mit einem Buchwert von 3.631 Mio € niedrigere Marktwerte in Höhe von 3.313 Mio €. Diese Wertdifferenzen waren auf Credit-Spreadänderungen zurückzuführen, die teilweise durch gegenläufige Zinsderivatepositionen gedeckt wurden. Bei einer Einstellung der Geschäftstätigkeiten wäre jedoch zum Berichtstag mit Abschreibungen aller Wahrscheinlichkeit nach in dieser Höhe zu rechnen.

Für die hier angegebenen Marktwerte wurden beobachtbare Marktpreise sowie von Maklern gestellte Preise bzw. Bewertungsparameter herangezogen. Für Wertpapiere, für die derartige Werte nicht vorlagen (3.654 Mio €), wurden die Preise von vergleichbaren, aktiv gehandelten Papieren abgeleitet.

2.3. Entwicklung der Finanzlage

Die Kapitalstruktur der HPBI zum 31. Dezember 2009 ist weiterhin solide. Die Verbindlichkeiten weisen grundsätzlich eine ausgewogene Fristigkeit im Verhältnis zur Struktur der Vermögenswerte auf.

Die Refinanzierungsmittel betragen 7.725 Mio €; davon entfallen 547 Mio € auf konzerninterne Refinanzierungsmittel (inkl. SoFFin garantierter Refinanzierungsmittel). Diese reduzierten sich gegenüber dem Vorjahresende (8.807 Mio €) um 12,3 %.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden öffentliche Inhaberpfandbriefe (Lettres de Gage Publiques) mit einem Volumen von 500 Mio € begeben. Namenspfandbriefe wurden mit einem Volumen von 215 Mio € begeben. Nachrangmittel wurden in 2009 nicht emittiert.

Im Berichtszeitraum wurden begebene Pfandbriefe über Nominal 2.080 Mio € (Vorjahresperiode 1.004 Mio €) endfällig. Im Berichtszeitraum wurden keine öffentlichen Pfandbriefe zurückgekauft.

Das bilanzielle Eigenkapital belief sich am 31. Dezember 2009 auf 123,8 Mio € nach 121,3 Mio € zum Vorjahresende. Die Veränderung ist auf den Jahresüberschuss zurückzuführen.

Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen Die HPBI weist zum 31. Dezember 2009 eine stabile aufsichtsrechtliche Eigenkapitalausstattung auf. Das haftende Eigenkapital (gemäß den neuen Meldevorschriften – CoRep) beläuft sich zum 31. Dezember 2009 auf 155,6 Mio € (Vorjahresende 135,0 Mio €). Die Eigenmittelquote liegt zum Jahresende 2009 bei 20,03 %; die Kernkapitalquote beträgt 15,67 % (Vorjahresende 12,68 %).

Liquidität Die HPBI hat jederzeit die aufsichtsrechtlich vorgegebene Liquiditätskennzahl eingehalten. Diese Kennzahl setzt die liquiden Aktiva ins Verhältnis zu den fälligen Verbindlichkeiten. Die Liquidität gilt als ausreichend, wenn die fälligen Verbindlichkeiten zu mindestens 30 % durch liquide Aktiva gedeckt sind. Die HPBI wies zum Stichtag einen Wert von 47,3 % (Vorjahr 57,9 %) aus.

3. Risikobericht

3.1. Organisation, Verantwortlichkeiten und Aufgaben

Die HPBI ist als Mitglied der HRE Group in die Methoden/ Vorgehensweisen der Risikoidentifizierung, -messung, -limitierung, -controlling und -management der Gruppe integriert. Im Rahmen dieser Vorgaben und der lokalen Vorschriften überwacht das Risikocontrolling der Bank zusammen mit dem Risikocontrolling der DEPFA Bank plc, Dublin, die Risiken. Diese Einheit, die direkt an das vom Portfolio- und Risikomanagement unabhängige Mitglied in der Geschäftsleitung berichtet, hat folgende Kernaufgaben:

- tägliche Risikomessung und -überwachung, der Markt-, Kredit-, Kontrahenten-, FX- und Liquiditätsrisiken (im wesentlichen auf Basis eines Value-at-Risk-Ansatzes),
- tägliche Ermittlung des wirtschaftlichen Ergebnisses,
- unabhängige Kontrolle der zur Risiko- und Ergebnismessung verwendeten Parameter,
- Implementierung der vom zentralen Risikocontrolling vorgegebenen Steuerungskonzepte (insbesondere ICAAP).

Zur Überwachung und Steuerung der Einzelrisiken hat die Bank entsprechende Berichtswege und Steuerungsmaßnahmen eingerichtet, durch die nicht nur die Geschäftsleitung und der Verwaltungsrat der Bank, son-

dern auch andere Ebenen in der HRE Group unterrichtet werden.

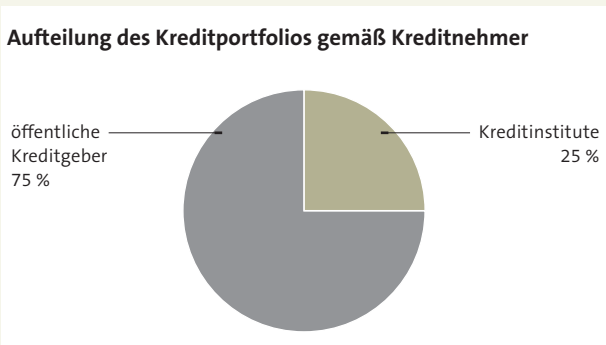
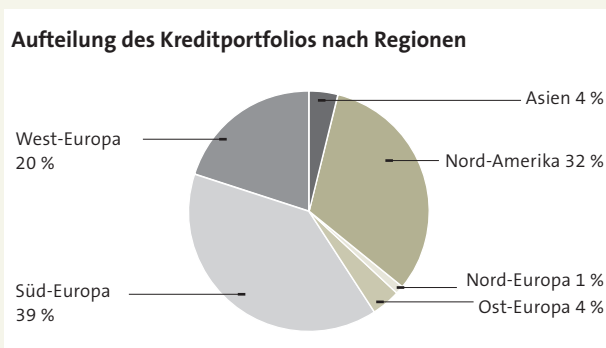
3.2. Risikomessung, -steuerung und -management wesentlicher Risikoarten in der HPBI

3.2.1. Adressrisiken

Adressrisiken lassen sich in Kredit-, Kontrahenten-, Emittenten- und Länderrisiken untergliedern und bezeichnen jeweils den potenziellen Wertverlust, der durch den Ausfall oder durch Bonitätsverschlechterungen von Kunden im Kreditgeschäft, von Emittenten von Schuldscheindarlehen und Wertpapieren sowie von Kontrahenten von Geldhandels-, Wertpapier- und Derivategeschäften entstehen kann.

Die Kreditrisiken entfallen fast ausschließlich auf öffentliche Kreditnehmer und Banken in OECD-Mitgliedsstaaten. Die Auslastung sämtlicher Kreditlinien steht für jeden einzelnen Kontrahenten und auch aggregiert online auf Marktwertbasis zur Verfügung.

Die Aufteilung des Kreditportfolios stellt sich zum 31. Dezember 2009 wie folgt dar:



Bei den organisatorischen Maßnahmen und der funktionalen Trennung der Kreditprozesse wird nicht nur die Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen in Luxemburg sichergestellt, sondern die Bank orientiert sich als Mitglied der HRE Group auch an den deutschen Mindestanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk).

Als Kontrahentenrisiken werden mögliche Wertverluste von zins- und fremdwährungsbezogenen Derivate- und Termingeschäften bezeichnet. Diese Geschäfte werden überwiegend zur Sicherung von Positionen im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung abgeschlossen. Als Maßstab für das Kontrahentenrisiko wird konzernweit ein auf der Marktbewertungsmethode basierender Value-at-Risk-Ansatz verwendet, der auf potenzielle künftige Wiederbeschaffungskosten abstellt. Die Kontrahentenrisiken im Derivate-, Wertpapier- und Geldhandelsgeschäft außerhalb der Gruppe bestehen mit Kreditinstituten, Zentralbanken und supranationalen Einrichtungen, deren Bonität sowohl nach dem Urteil externer Ratingagenturen als auch gemäß intern verwendeter Ratingverfahren als überdurchschnittlich gut zu bezeichnen ist. Zur Reduzierung des derivatebezogenen Kontrahentenrisikos verwendet die Bank Rahmenverträge mit ihren Geschäftspartnern, die es ermöglichen, die vom Rahmenvertrag erfassten Kontrakte zu einer Nettoforderung zu verrechnen, wenn der Kontrahent seinen Verpflichtungen nicht nachkommt (sogenanntes Close-Out-Netting). Zur zusätzlichen Risikoreduktion werden ggf. Sicherheitsvereinbarungen abgeschlossen, die zur Kündigung von Transaktionen führen können, falls der Kontrahent einer Aufforderung zur Sicherheitenstellung nicht nachkommt.

Als Länderrisiko bezeichnet die HRE Group das Risiko möglicher Transfer- und Konvertierungsprobleme bei Vertragspartnern mit Sitz im Ausland. Das Risiko besteht darin, dass ein grundsätzlich zahlungsfähiger und -williger Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, weil er wegen staatlicher Maßnahmen nicht in der Lage ist, Devisen zu beschaffen oder Vermögenswerte an Nicht-Gebietsansässige zu übertragen. Die laufende Überwachung der Länderrisiken erfolgt durch das Risikocontrolling. Die Steuerung der Länderrisiken durch das Kreditrisikomanagement erfolgt auf Basis von Länderlimiten. In Abhängigkeit von den Ergebnissen des internen Ratingverfahrens der HRE Group werden

- jedem einzelnen Land und
- Gruppen von Ländern in bestimmten Ratingkorridoren

Limite zugewiesen, welche die Geschäftsaktivitäten begrenzen. Sämtliche Länderratings und Länderlimite werden mindestens einmal im Jahr vom Risk Management Committee der HRE Group überprüft. Zusätzlich werden die internen Risikoeinschätzungen regelmäßig mit den Einschätzungen der wichtigsten Ratingagenturen verglichen.

3.2.2. Marktrisiko

Unter Marktrisiko versteht man den potenziellen Verlust, der durch die Veränderung von Preisen an den Finanzmärkten entstehen kann – aufgrund veränderter Marktrisikofaktoren (insbesondere Zinsen, Devisenkurse, Volatilitäten). Dabei werden bei allen Banken in der HRE Group das gesamte Kreditgeschäft, alle eigenen Emissionen, die Wertpapiere des Anlage- und Liquiditätsvorsorgebestandes sowie alle Geschäfte in Derivaten berücksichtigt.

Hierbei wird zwischen allgemeinen und speziellen Zinsrisiken (Spreadrisiken) unterschieden. Erstere messen die möglichen Barwertveränderungen der Positionen bei Verschiebungen der risikolosen Zinskurve (Swapkurve). Die Messung der Spreadrisiken berücksichtigt mögliche Barwertveränderungen, falls sich die in den Kursen von Wertpapieren und Derivaten eingepreisten Bonitätsaufschläge verändern.

Währungsrisiken werden bei der HPBI, wie in allen Banken der HRE Group, größtenteils kursgesichert und liegen somit nur in geringfügiger Höhe vor.

Für die tägliche Quantifizierung der Marktrisiken verwendet die HPBI Value-at-Risk-Ansätze. Diese ermitteln einen potenziellen Verlust unter der Annahme einer Haltedauer der Position von zehn Tagen und eines Konfidenzniveaus von 99 %. Der Betrachtungszeitraum für die historischen Daten beträgt 250 Handelstage. Der Value-at-Risk wird täglich vom Risikocontrolling ermittelt und an die Geschäftsleitung, den Verwaltungsrat und die zuständigen Stellen in der HRE Group berichtet. Das Exposure belief sich für allgemeine Zinsrisiken zum 31. Dezember 2009 auf 3,4 Mio € (2008: 3,8 Mio €); bei den allgemeinen Währungsrisiken auf 0,5 Mio € (2008: 0,5 Mio €).

Risikomesssysteme für Credit Spreads existieren einheitlich für alle relevanten Positionen der HRE Group. Durch das Einengen der Spreads ist die entsprechende Value-at-Risk Kennziffer in 2009 abgesunken. Da das Geschäftsmodell der HPBI generell ein Halten bis zur Endfälligkeit (vor allem im Deckungsstock) vorsieht, ist dieser Risikoindikator auch in Zeiten hoher Spreadvolatilität begrenzt aussagefähig.

Ergänzt werden die tägliche Ermittlung, die Limitierung und das Reporting des Value-at-Risk und der tatsächlich eingetretenen Barwertveränderungen durch regelmäßige Stress Tests. Während der Value-at-Risk das Marktrisiko bei „normalen“ Marktschwankungen misst, werden durch die Simulation von Stressszenarien auch die potenziellen Barwertveränderungen bei sehr extremen und außergewöhnlichen Marktbewegungen gemessen, um auch in diesen Fällen den Fortbestand des Unternehmens jederzeit gewährleisten zu können. Auch unter diesen Umständen bewegte sich das gemessene Marktrisiko im Rahmen der „normalen Limite“.

So sieht das CSSF-Rundschreiben 08/338 vom 19. Februar 2008 für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen luxemburgischen Rechts einen halbjährlich durchzuführenden Stresstest vor. Das anzuwendende Zinsszenario entspricht einem Anstieg und einem Rückgang aller Zinssätze um 200 Basispunkte. Für die HPBI beträgt zum 31. Dezember 2009 die potenzielle Barwertänderung für allgemeine Zinsrisiken bei dem genannten Zinsanstieg -13,7 Mio € und bei einem Zinsrückgang 17,5 Mio €.

Weitere Marktrisiken wie z.B. Aktienrisiken oder Inflationsrisiken liegen für die HPBI nicht vor.

3.2.3. Liquiditätsrisiko

Das oberste Ziel der Steuerung von Liquiditätsrisiken ist die uneingeschränkte Gewährleistung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank. Gemäß dem internen Limitsystem muss jederzeit an den jeweils folgenden fünf Tagen der Saldo von voraussichtlich eingehenden und abfließenden Zahlungsströmen und möglichen Liquiditätsbeschaffenden Maßnahmen, die so genannte Liquiditätsposition, zumindest ausgeglichen sein. Diese wird täglich unter Berücksichtigung von konservativen Sicherheitsabschlägen („haircuts“) bestimmt, durch das Risikocontrolling überwacht und an die Geschäftsleitung

und die mit der Risikoüberwachung betrauten Konzernstellen berichtet. Diese Vorgaben konnten seit der Verschärfung der Finanzmarktkrise seit Ende September jedoch nicht mehr jederzeit eingehalten werden. Die lokalen Aufsichtsbehörden werden seit diesem Zeitpunkt mindestens einmal wöchentlich (zeitweilig auch täglich) über die Liquiditätssituation der Bank informiert.

Um darüber hinaus kurzfristige Refinanzierungsnotwendigkeiten frühzeitig zu erkennen, wird handelsunabhängig eine auf 90 Tage ausgeweitete Liquiditätsvorausschau erstellt, die als Grundlage für die aktive und vorausschauende Liquiditätspolitik dient. Zusätzlich wird täglich ein auf den rollierenden 30-Tage Horizont abgestellter Liquiditätsstatus ermittelt und berichtet, der sämtliche zukünftige Zahlungsflüsse sowie die aus den nicht deckungsgebundenen Wertpapieren hervorgehenden Liquiditätspotentiale umfasst und eine präzise Liquiditätssteuerung ermöglicht.

Für die kurzfristige Liquiditätsbeschaffung ist die HPBI neben Tender/Repo-Transaktionen – indirekt über die DEPPFA Bank plc, Dublin, und die Hypo Real Estate Bank, München – auf das Hilfspaket der deutschen Finanzwirtschaft und des SoFFin angewiesen.

3.2.4. Operationelles Risiko/Businessrisiko

Das operationelle Risiko ist in der HRE Group definiert als die Gefahr von Verlusten, verursacht durch fehlerhafte interne Prozesse, menschliche Fehler, Technologieversagen oder externe Ereignisse. Diese Definition schließt Rechtsrisiken mit ein. Das Businessrisiko umfasst das Verlustrisiko aufgrund Änderungen im externen Geschäftsumfeld, das das Geschäftsmodell der Bank negativ beeinflusst.

Da alle Bereiche der Gruppe von operationellen Risiken betroffen sein können, hat die Gruppe ein Basel II konformes Rahmenwerk zur einheitlichen Identifizierung und Steuerung dieser Risiken umgesetzt. Das gruppenweit übergreifende Rahmenwerk beinhaltet die Group Policy zum Verständnis sowie zur proaktiven Begegnung mit dieser Risikoart, sowie Rollen und Verantwortlichkeiten bzw. Prozesse und Instrumente.

Identifizierung, Analyse und Management liegen in der Verantwortung der einzelnen Bereiche in den Banken. Operational Risk Vorfälle werden daher

dezentral in der Loss Database nach gruppeneinheitlichen Vorgaben erfasst. Hierbei war von Seiten der HPBI in 2009 ein Vorfall mit einer Schadenshöhe von 25 Tsd € zu berichten.

3.2.5 ICAAP

Auch in 2009 wurde im Rahmen des ICAAP die Gesamtrisikoposition durch Aggregation von wesentlichen Risikoarten ermittelt. Zentral zuständig für Durchführung/Analyse/Weiterentwicklung war bis zum Ende des dritten Quartals 2009 die Abteilung Risk Management & Control – Risk Methods der DEPPFA Bank plc, Dublin. Seit dem vierten Quartal liegt die Zuständigkeit in der Abteilung Risk Management & Control – Risk Methods der Deutsche Pfandbriefbank AG, München.

Das „Economic Capital“ dient hierbei als die Hauptmessgröße für die aggregierten Risikopositionen und die Kapitalbasis. Es ist definiert als das notwendige Kapital um über einen 1-Jahreshorizont ein gewisses Zielrating (zum 31. Dezember 2009: „A“ und somit ein Konfidenzintervall von 99,95 %) zu halten.

Das Ziel der Gruppe ist es, das Niveau an Eigenkapital und eigenkapitalähnlichen Instrumenten so zu gestalten, dass es das Economic Capital auf Gruppenebene mit einem angemessenen Sicherheitsfaktor überschreitet.

Das Economic Capital enthält für die HPBI die oben beschriebenen Risikoarten. Die Risiken werden, wenn möglich und sinnvoll, nach einer statistischen Methodik, i. d. R. ein Value-at-Risk-Verfahren, durchgeführt. Die angewandten Verfahren sind Branchenstandard und werden über Beteiligungen an Umfragen, Rezensionen und Austausch mit anderen Marktteilnehmern ständig bewertet und angepasst.

Das mit Abstand größte Risiko für die HPBI besteht in den Effekten der Ausweitung der Spreadrisiken, wie sie bereits bei der Bewertung der Wertpapiere (siehe Punkt 2.2.) zum Ausdruck kommen.

Stress Tests ergänzen diesen Ansatz, um ein solide aufsichtsrechtliche und wirtschaftliche Steuerung zu ermöglichen. Die für die HPBI relevanten Stresstests umfassen:

- Downgrade Szenarien für die größten Kontrahenten
- Qualitäts-Szenarien bezüglich Kontrahentenrisiken
- Operationales Risiko/Geschäftsrisiko-Szenarien
- Funding-Szenarien

Die Ergebnisse des gruppenweiten ICAAPs und der Stress Tests werden dem „Group Management Board und „Risk Committee“ der HRE Group monatlich zur Genehmigung vorgelegt. Ein spezifisches ICAAP für die HPBI wird der lokalen Geschäftsführung vierteljährlich vorgelegt und in den Verwaltungsratssitzungen präsentiert und besprochen.

4. Prognosebericht

4.1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Für das Jahr 2010 wird allgemein eine verhaltene wirtschaftliche Erholung erwartet, d.h. es wird voraussichtlich eine Rückkehr zu positiven Wachstumsraten erfolgen. Diese positive Erwartung ist jedoch in zweifacher Hinsicht zu relativieren. Zum einen wird insbesondere für Europa das Wachstum auch 2010 deutlich unterhalb der Raten vor der Krise gesehen. Zum anderen wird in vielen Ländern bei weitem noch nicht wieder das Niveau der Wirtschaftsleistung von vor der Krise erreicht werden.

Allerdings sind derzeit die Bandbreiten der Erwartungen für 2010 noch relativ groß. Während die in der nebenstehenden Grafik verwendeten international vergleichbaren Prognosen Deutschland nur bei einem Wachstum von 0,5 % sehen, liegen die aktuellen Prognosen anderer Institute für 2010 bei etwa 1,5 %, teilweise sogar leicht darüber. Diese Prognoseunsicherheit ist nicht zuletzt Ausdruck unterschiedlicher Szenarien, wie die Wirtschaft auf die umfangreichen staatlichen Konjunkturstützungsmaßnahmen reagieren wird. Dennoch wird allgemein für die USA und den asiatischen Raum eine wieder deutlichere Erholung erwartet, während die Eurozone nur sehr viel verhalten wachsen wird.

Ein gewisses Gefahrenpotential für den Aufschwung geht von der nach wie vor nicht eindeutig abschätzbaren Risikosituation des Finanzsektors aus. Zwar haben viele Banken in den USA die gewährten Staatshilfen inzwischen zurückbezahlt, allerdings befinden sich in den Bilanzen nach wie vor kritische Positionen wie Kre-

ditrisiken und risikobehaftete Wertpapiere. Darüber hinaus könnte eine noch bevorstehende Konkurswelle gerade auch in einigen besonders stark von der Krise betroffenen Volkswirtschaften Osteuropas zu Wertberichtigungsbedarf führen. Vor diesem Hintergrund ist sowohl verständlich, dass die Banken bei der Ausreichung neuer Kredite deutlich vorsichtiger wurden bzw. sind. Allerdings kann eine zu vorsichtige Vergabepolitik auch gegenüber an sich gesunden Firmen den Aufschwung ausbremsen.

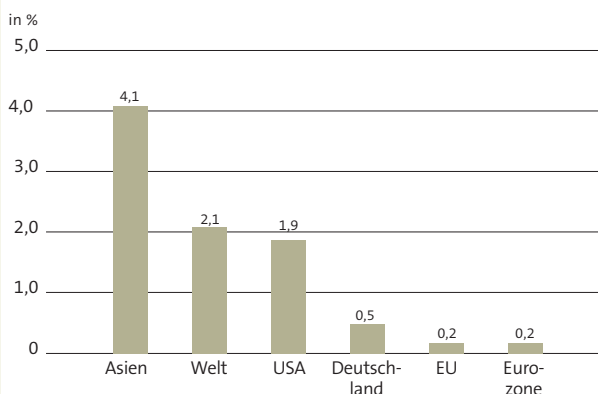
Die Inflationsraten werden für 2010 weiterhin sehr verhaltenen sein. Während in den USA die Preise um 1 % steigen werden, wird die Inflation im Euroraum insgesamt und auch in Deutschland noch etwas unterhalb dieser Marke gesehen. Der Grund dafür liegt in der nach wie vor deutlichen Unterauslastung der Produktionskapazitäten. In einem solchen konjunkturellen Umfeld sind Preiserhöhungen nicht zu erwarten, auch wenn einige Kommentatoren auf einen möglichen Inflationsdruck im Gefolge der großzügigen Geldpolitik des Jahres 2009 hinweisen. Bei diesen Befürchtungen ist allerdings zu berücksichtigen, dass zwar im Zuge der quantitativen Lockerung die Liquidität im Bankensystem dramatisch anstieg, nicht aber die für den Inflationsdruck entscheidende Geldmenge im privaten Sektor außerhalb des Bankensystems. Dennoch werden auch die Zentralbanken im Lauf des Jahres 2010 über eine Strategie zur Verringerung der Geldmenge nachzudenken haben. Zum Zeitpunkt der Abfassung des Berichts erscheint eine baldige Rückführung der Maßnahmen der quantitativen Lockerung wahrscheinlich, während eine Anhebung der Leitzinsen noch nicht konkret absehbar ist.

Die aktuelle Krise führte auch in Ländern der Eurozone zu teilweise besorgniserregenden Verfassungen der öffentlichen Haushalte. Vor allem in Griechenland, Portugal, Irland und Spanien sind die Grenzen des fiskalisch Möglichen in 2009 sicherlich erreicht, wenn nicht teilweise überschritten worden, so dass von dieser Seite für 2010 keine weiteren Impulse zu erwarten sind. Die von den Finanzmärkten in diesen Ländern inzwischen verlangte Risikoprämie engt die fiskalischen Spielräume zusätzlich ein.

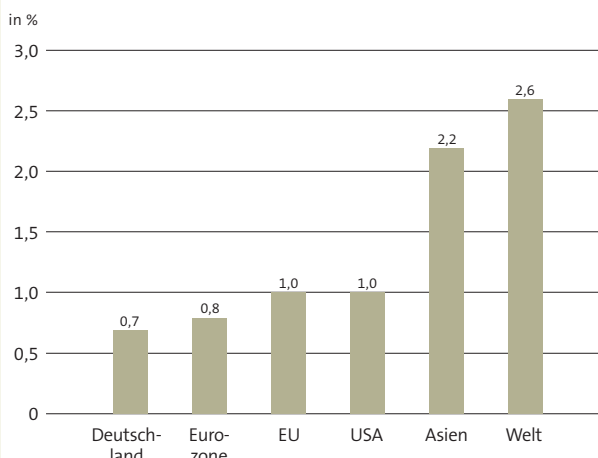
Aufgrund der eher milden Aufwärtsbewegung der realen Wirtschaftsaktivität wird für alle wichtigen Volks-

wirtschaften in 2010 ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosenquote erwartet. Gerade für die europäischen Volkswirtschaften gilt, dass die Arbeitslosenquote typischerweise mit einer Verzögerung von gut einem Jahr der realwirtschaftlichen Entwicklung folgt. Speziell in Deutschland wird mit dem Auslaufen der Kurzarbeit im produzierenden Gewerbe mit einer Entlassungswelle zu rechnen sein. Die OECD geht für Deutschland von einem Anstieg der Arbeitslosenquote um gut 1,5 Prozentpunkte auf 9,2 % aus, während in den USA ein geringfügiger Anstieg auf 9,9 % erwartet wird.

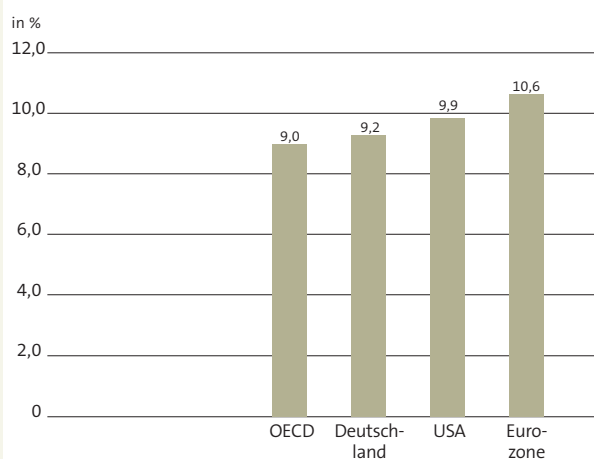
Reales BIP-Wachstum, Prognose 2010



Konsumentenpreisinfation, Prognose 2010



Arbeitslosenquoten, Prognose 2010



4.2. Branchenspezifische Bedingungen

Gesamtsituation der Bankenbranche Die Bankenbranche steht auch im Jahr 2010 vor großen Herausforderungen. Gründe hierfür sind die anhaltend fragile Verfassung der Immobilienmärkte, die nur verhalten wachsende Konjunktur, die ansteigende Zahl von Insolvenzen, und zunehmende Arbeitslosigkeit sowie die hohe Volatilität der Kapitalmärkte. Hinzu kommen die kritische Staatsverschuldung von Ländern wie beispielsweise Griechenland, Portugal und Island. Verschärfte Bilanzierungsregeln sowie Sondersteuern dürften zudem die Eigenkapitalrenditen der Banken im Jahr 2010 belasten. Weiterhin ist damit zu rechnen, dass auch im Jahr 2010 Banken weitere Wertberichtigungen vornehmen müssen und die Übertragung von risikobehafteten Vermögenswerten in Restrukturierungseinheiten vorantreiben.

Staatsfinanzierung Wie auf anderen Märkten hängt die Prognose für 2010 stark vom Ausmaß der wirtschaftlichen Erholung ab. Eine solche Erholung wird das Verhalten einiger Marktteilnehmer, insbesondere von breit aufgestellten Geschäftsbanken, beeinflussen. Bei besserer Verfassung der Kapitalmärkte könnte die verfügbare Liquidität und das Kapital in andere, stärker risikobehaftete aber rentablere Geschäftsbereiche umgeschichtet werden, das Augenmerk für den Staatsfinanzierungssektor könnte zurückgehen. Andererseits bereinigen viele Banken in Europa nach wie vor ihre

Bilanzen, und die zum Teil milliarden schweren Verluste könnten weiter die Geschäftsstrategien zugunsten risikoärmerer Kreditmärkte beeinflussen. Die hohe Staatsverschuldung von Staaten wie Griechenland, Portugal, Island, Irland und Spanien, dürfte jedoch den Staatsfinanzierungsmarkt belasten und könnte negative Wirkung auf die Risikoauflage der restlichen Mitglieder der Währungsunion haben.

Im Jahr 2010 wird die Nachfrage nach Staatsfinanzierung in Europa steigen. Obwohl die Wirtschaft der 16 Euro-Länder in den Jahren 2010 und 2011 laut EU-Kommission voraussichtlich wachsen dürfte, wird das noch geringe Wachstum bei steigender Arbeitslosigkeit nicht ausreichen, Haushaltsdefizite zu kompensieren. Für das Jahr 2010 werden die Haushaltsdefizite europaweit bis auf 6,9 % des Bruttoinlandsprodukts ansteigen. Sowohl aus mechanischen (ansteigende Kosten und sinkenden Einnahmen aufgrund der Krise) als auch aus politischen Gründen werden die europäischen Regierungen die wirtschaftliche Erholung auch weiterhin unterstützen.

Demzufolge erwarten wir in unseren Kernmärkten eine anhaltende Nachfrage nach mittel- und langfristigen Staatsfinanzierungen, staatsgarantierten Public-Private-Partnerships und öffentlich garantierten ECA-Transaktionen in unseren europäischen Kernmärkten.

Refinanzierungsmärkte Die Refinanzierungsmärkte haben sich in den letzten Monaten weiter stabilisiert. Die weitere Entwicklung hängt vom Gesamtmarkt und in den einzelnen Märkten von individuellen Faktoren ab. Selektiv dürften sich einzelne Märkte weiter stabil entwickeln – insbesondere dann, wenn die staatlichen Unterstützungsprogramme greifen. Zu den stabileren Märkten wird voraussichtlich auch der Pfandbriefmarkt zählen, nicht zuletzt aufgrund des Ankaufprogramms der EZB. Ob sich die Risikoauflage im Markt für unbesicherte Bankemissionen weiter stabilisieren oder gar reduzieren können, ist nur sehr schwer vorherzusagen. Außerdem ist nicht damit zu rechnen, dass sich die Volumina im Geldmarkt sehr schnell erhöhen werden. Insgesamt können weitere Volatilitäten für einzelne Teilmärkte oder den Gesamtmarkt nicht ausgeschlossen werden.

4.3. Konzern- und Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

4.3.1. Konzernspezifische Rahmenbedingungen

Die Prognosen zur zukünftigen Entwicklung der HRE Group stellen Einschätzungen dar, die auf Basis der zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen wurden. Sollten die den Prognosen zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder Risiken – wie die im Risikobericht angesprochenen – in nicht kalkulierter Höhe eintreten, so können die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten Ergebnissen wesentlich abweichen.

Die Unternehmen der HRE Group waren im gesamten Geschäftsjahr 2009 weiterhin in ihrer Existenz gefährdet.

Die HRE Group geht unverändert von einer Fortführung ihrer Tätigkeit unter den nachfolgend dargestellten Voraussetzungen (Exogene Faktoren/Endogene Faktoren) aus, deren Vorliegen bzw. Eintreten der Vorstand nach sorgfältiger Prüfung auf der Basis der ihm vorliegenden Informationen derzeit für überwiegend wahrscheinlich hält.

Exogene Faktoren

- Die HRE Group bekommt sowohl in zeitlicher Hinsicht als auch im Gesamtvolumen hinreichende weitere Liquiditätsunterstützungen seitens des SoFFin. Darüber hinaus erhält die HRE hinreichende Kapitalhilfen zur Stärkung ihrer Kapitalbasis durch den SoFFin. Die Unterstützungen werden zu tragfähigen Konditionen gewährt. Rechtliche Vorbehalte, insbesondere im Rahmen des EU-Verfahrens, werden nicht erfolgreich geltend gemacht.
- Das Kapitalmarktumfeld stabilisiert sich innerhalb des Zeitraums der Jahre 2010 bis 2012, insbesondere kommt es nicht zu einer gravierenden weiteren Verschärfung der Finanzmarktkrise mit unabsehbaren Folgen, beispielsweise ausgelöst durch externe Schocks wie den Zusammenbruch von größeren Staaten oder von bedeutenden Banken, und die Krise der Immobilienmärkte führt nicht zu Ausfällen von Krediten und Wertpapieren in einer existenzgefährdenden Höhe.
- Der Interbankenmarkt und andere kurzfristige unbesicherte Refinanzierungsmärkte sowie die langfristigen besicherten und unbesicherten Refinanzierungsmärkte erholen sich, beginnend ab dem Jahr 2010. Es

kommt zu einer Stabilisierung bis leichten Erholung der Ratings der Unternehmen der HRE Group. Die Unterstützungen können in den nächsten Jahren sukzessive durch eigenständige Refinanzierungen gedeckt werden.

Endogene Faktoren

- Der HRE Group gelingt es weiter, das Vertrauen der Kunden wiederzuerlangen und erfolgreich Neugeschäft in auskömmlichem Volumen und zu auskömmlichen Margen abzuschließen.
- Die Umsetzung der Restrukturierung der HRE Group mit dem Ziel der Steigerung der Effizienz und Rentabilität sowie Verschlankeung der Geschäftsabläufe ist keinen wesentlichen Verzögerungen oder Behinderungen ausgesetzt.
- Die Abwicklung oder Sanierung von leistungsgestörten Finanzierungen durch die HRE Group kann im Wesentlichen wie derzeit vorgesehen umgesetzt werden.
- Die HRE Group erhält die Möglichkeit, durch Einrichtung einer Abwicklungsanstalt, Vermögenswerte wertschonend abzubauen und Bilanzpositionen zu übertragen.
- Trotz der besonderen Restriktionen, zum Beispiel bei der Vergütung, gelingt es der HRE, Group Mitarbeiter in Schlüsselpositionen zu halten und anzuwerben.

Mit Datum vom 28. März 2009 hat der SoFFin der HRE Holding und der Deutschen Pfandbriefbank AG (vormals Hypo Real Estate Bank AG) schriftlich bestätigt, dass er beabsichtigt, die HRE Holding durch eine hinreichende Rekapitalisierung und die Deutsche Pfandbriefbank AG durch weitere hinreichende Garantieübernahmen zu stabilisieren. Mit Datum vom 6. November 2009 hat der SoFFin die Absichtserklärung erneuert. Insbesondere hat der SoFFin bestätigt, Kapital in hinreichender Höhe zur Verfügung zu stellen, um mindestens die Fortführung der HRE Holding und ihrer wesentlichen Tochtergesellschaften und das erforderliche tragfähige Geschäftsmodell, insbesondere der Deutsche Pfandbriefbank AG sicherzustellen. Die Unterstützung, die die HRE Group insgesamt vom Bund erhält, ist abhängig vom Ergebnis einer abschließenden Prüfung, ggf. eine Abwicklungsanstalt für nicht strategische oder notleidende Vermögenswerte der HRE Group einzurichten. Darüber hinaus wird der SoFFin über weitere Garantien die Liquidität der Gruppe sicherstellen. Diese

sowie gegebenenfalls weitere Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt, dass sie die beihilferechtlichen Anforderungen der EU-Kommission erfüllen.

Als ersten Schritt zur Rekapitalisierung der HRE Group hat der SoFFin am 28. März 2009 20 Mio HRE Holding-Aktien zum gesetzlichen Mindestpreis von 3,00 € je Aktie unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre übernommen. Als zweiten Schritt zur Rekapitalisierung der HRE Group haben die Aktionäre auf der außerordentlichen Hauptversammlung am 2. Juni 2009 eine Kapitalerhöhung in Höhe von rund 2,96 Mrd € gegen Bareinlage beschlossen. Die rund 986,5 Mio Aktien wurden zum satzungsmäßigen Nennwert und gesetzlichen Mindestpreis von 3,00 € ausgegeben. Zur Zeichnung der neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung wurde ausschließlich der SoFFin zugelassen, das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen. Der SoFFin hielt nach der Eintragung der Kapitalerhöhung am 8. Juni 2009 einen Anteil von 90 % am Grundkapital der Gesellschaft. Am 5. Oktober 2009 wurde auf einer außerordentlichen Hauptversammlung die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf den SoFFin beschlossen. Das Amtsgericht München hat am 13. Oktober 2009 den Übertragungsbeschluss in das Handelsregister eingetragen, wodurch der SoFFin Alleinaktionär der HRE Holding wurde. Als dritten Schritt der Rekapitalisierung hat die HRE Group im November 2009 eine weitere Kapitalzuführung über insgesamt 3,0 Mrd € vom SoFFin erhalten. Diese Tranche setzt sich aus einer stillen Einlage in die Deutsche Pfandbriefbank AG in Höhe von 1,0 Mrd €, einer Einzahlung in die Rücklage der Deutschen Pfandbriefbank AG in Höhe von 1,3 Mrd € und einer Einzahlung in die Rücklage der HRE Holding in Höhe von 0,7 Mrd € zusammen.

Die HRE Holding und die Deutsche Pfandbriefbank AG haben sich gegenüber dem SoFFin grundsätzlich verpflichtet, die zur Umsetzung der Rekapitalisierung jeweils erforderlichen Schritte zu ergreifen.

Bestandsgefährdende Risiken Die größten Auswirkungen bzw. Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Erfolgslage der HRE Group stellen sich wie folgt dar und haben ebenfalls eine direkte oder indirekte Auswirkung auf die HPBI:

Der Fortbestand der HRE Group hängt davon ab, dass der HRE Holding und ihren wesentlichen Tochtergesellschaften in hinreichendem Umfang Eigenkapital zur Einhaltung von aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen sowie zur Vermeidung einer nachhaltigen Überschuldungssituation zur Verfügung gestellt wird. Um eine Insolvenz aufgrund Zahlungsunfähigkeit von wesentlichen Tochtergesellschaften der HRE Holding oder der Gesellschaft selbst abzuwenden, ist externe Unterstützung durch Liquiditätshilfen notwendig. Diese Liquiditätshilfen müssen so lange zur Verfügung stehen, bis sich die HRE Holding und ihre wesentlichen Tochtergesellschaften wieder eigenständig am Geld- und Kapitalmarkt in ausreichendem Umfang Liquidität beschaffen können und bis die beschlossenen Restrukturierungsmaßnahmen als auch die Rekapitalisierung planmäßig umgesetzt sind.

Um den Fortbestand der HRE Holding und wesentlicher Tochtergesellschaften sicherzustellen, ist deshalb insbesondere erforderlich, dass

- der SoFFin in hinreichendem Umfang Eigenkapitalunterstützung leistet
- der SoFFin und die Deutsche Bundesbank ihre Liquiditätsunterstützung aufrechterhalten und gegebenenfalls auch weitere Liquiditätshilfe zur Verfügung stellen
- die Refinanzierung zu tragfähigen Konditionen verstärkt über den Geld- und Kapitalmarkt erfolgt
- die Restrukturierungsmaßnahmen planmäßig umgesetzt werden
- die zuständigen Behörden keine aufsichtsrechtlichen Maßnahmen ergreifen werden sowie
- keine rechtlichen Vorbehalte (insbesondere EU-Verfahren) erfolgreich geltend gemacht werden.

Erfolgslage Die HRE Group hat das Jahr 2009 mit einem negativen Vorsteuerergebnis abgeschlossen. Auch für die Zukunft rechnet die HRE Group mit hohen Ergebnisbelastungen, die zu einer anhaltenden Verlustsituation führen werden. Die HRE Group geht nicht davon aus, vor dem Jahr 2012 wieder in die Gewinnzone zurückkehren zu können. Die Höhe der erwarteten Verlustsituation wird insbesondere beeinflusst werden durch den Eintritt oder Nichteintritt bzw. den Grad der Verwirklichung der nachfolgend genannten möglicherweise sich verwirklichenden Risiken.

- Die Restrukturierung der Unterstützungsmaßnahmen eines Konsortiums aus dem deutschen Kredit- und Versicherungswesen und der Bundesbank unter Beteiligung der Bundesregierung wird die Refinanzierungsaufwendungen des Konzerns senken. Dennoch übersteigen die Refinanzierungssätze für die neuen und bestehenden SoFFin-Mittel die Refinanzierungssätze vor Inanspruchnahme der Liquiditätsunterstützungen im September 2008. Daher werden der Zinsüberschuss und der Provisionsüberschuss erheblich belastet bleiben.
- Der Zinsüberschuss wurde im Jahr 2009 durch hohe Erträge im Geldmarktbereich und aus gezogenen US-amerikanischen Kundenliquiditätsfazilitäten begünstigt. Da nicht mit einer ähnlich günstigen Marktzinssituation im Jahr 2010 gerechnet wird und die Fazilitäten inzwischen größtenteils getilgt wurden, wird in den nächsten Jahren nicht mit einem ähnlich hohen Zinsüberschuss aus diesen Effekten gerechnet.
- Die Höhe des Bestandsportfolios wird durch Abschmelzungen und Verkäufe sowie die mögliche Auslagerung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in eine Abwicklungsanstalt abnehmen, sodass der Zinsüberschuss belastet wird. Darüber hinaus können aufgrund von negativen Marktwerten im Falle von Veräußerungen Verluste entstehen, die den Zinsüberschuss oder das Finanzanlageergebnis belasten würden.
- Neben der Refinanzierung über den Finanzmarkt nutzt die HRE in einem nicht unerheblichen Umfang auch die Refinanzierungsmöglichkeiten, die durch Zentralbanken zur Verfügung gestellt werden. Es ist nicht auszuschließen, dass sich diese Refinanzierungsmöglichkeiten verändern. Inwieweit und zu welchen Kosten sodann alternative Refinanzierungsmöglichkeiten zeitnah zur Verfügung stehen, ist derzeit nicht abzusehen. Sollte eine alternative Refinanzierung notwendig werden, wäre dies voraussichtlich mit höheren Kosten verbunden und würde sich somit nachteilig auf die Ertragslage des Konzerns auswirken.
- Weitere Ausweitungen der Credit Spreads und eine Verschlechterung des Sicherheitenpools können zu zusätzlichen erfolgswirksamen Belastungen aus den noch im Bestand befindlichen Collateralised Debt Obligations im Finanzanlageergebnis und im Handelsergebnis führen. Darüber hinaus können Ausfallrisiken und andere Verschlechterungen der

Marktkonditionen zu Verringerungen der beizulegenden Zeitwerte der Handelsbestände führen, die unmittelbar in der Gewinn- und Verlust-Rechnung zu erfassen wären. Wertberichtigungen können auch auf die gemäß IAS 39 von Held-for-Trading und Available for Sale in die Bewertungskategorie Loans and Receivables umklassifizierten Bestände notwendig werden.

- Die Lage auf dem US-amerikanischen und auf einigen europäischen Immobilienmärkten wird angespannt bleiben. Auch die Situation einiger öffentlicher und Infrastrukturkunden verschlechtert sich weiter. Dadurch und durch die sich insgesamt verschlechternde gesamtwirtschaftliche Lage wird die Kreditrisikoversorge im Jahr 2010 und 2011 voraussichtlich auf einem erhöhten Niveau liegen.
- Sollten Vertragspartner infolge der unsicheren Lage an den Kapital- und Finanzierungsmärkten in Zahlungsschwierigkeiten geraten oder sogar Insolvenz anmelden müssen, können Abschreibungen der Wertpapiere oder Kredite notwendig werden.
- Aus der Neuausrichtung der HRE Group und der Vereinheitlichung der IT-Infrastruktur und Prozesse werden weitere Aufwendungen resultieren, die vor allem den Verwaltungsaufwand belasten und die Ersparnisse aus dem Abbau des Personalbestandes zumindest teilweise kompensieren könnten.
- Durch die geplante Gründung einer Abwicklungsanstalt mit anschließender Übertragung von Vermögenswerten werden Aufwendungen für Beratungsleistungen und andere Verwaltungsaufwendungen entstehen.
- Derzeit anhängige wie auch künftig noch anhängig werdende Rechtsstreitigkeiten können das Ergebnis der HRE Group erheblich beeinträchtigen oder sogar den Fortbestand der HRE Group gefährden. Diese ausführlich im Risikobericht der HRE Group beschriebenen Rechtsstreitigkeiten betreffen vor allem Klagen von ehemaligen Aktionären wegen angeblicher fehlerhafter Kapitalmarktinformation unter anderem im Zusammenhang mit den Ad-hoc-Mitteilungen vom 15. Januar 2008 und der Liquiditätssituation der DEPFA, Klagen von ehemaligen Aktionären gegen die in der außerordentlichen Hauptversammlung am 2. Juni 2009 beschlossene Kapitalerhöhung und Klagen von ehemaligen Aktionären gegen den in der außerordentlichen Hauptversammlung am 5. Oktober 2009 beschlossenen Squeeze-Out, Klagen ehemaliger Vorstandsmitglieder auf Zahlungen, Klagen von Mitarbeitern auf Zahlung einer variablen Vergütung für die Jahre 2008 bzw. 2009 und Klagen einiger Kommunen auf Schadensersatz.
- Aufgrund der Rating-Herabstufungen wurden mehrere ISDA-Rahmenverträge sowie Guaranteed Investment Contracts gekündigt bzw. können in Zukunft noch gekündigt werden, was zu Kosten aufgrund vorzeitiger Vertragsauflösung sowie gegebenenfalls zu Kosten der Wiederbeschaffung von Sicherungsgeschäften führen kann. Dabei können der Bank aufgrund der vor dem Hintergrund ihrer aktuellen Langfrist-Ratings eingeschränkten Auswahl von Kontrahenten zusätzliche Kosten entstehen.
- Die von der HRE Group erhaltenen Unterstützungsmaßnahmen werden von der EU Kommission in einem Beihilfeverfahren geprüft. Abhängig von der Entscheidung der EU Kommission könnte die Erfolgslage der HRE belastet und der Bestand der HRE Group gefährdet werden.
- Die HRE Group ist operationalen Risiken aus ihrer Restrukturierung wie zum Beispiel die Abhängigkeit von Schlüsselpositionen, Technologierisiken aufgrund der Vielzahl der Buchungssysteme, einer erhöhten Fluktuation von Mitarbeitern und Risiken im Zusammenhang mit Change-Management-Aktivitäten ausgesetzt. Aus diesen Risiken können wesentliche Verlustfälle resultieren.

Vermögenslage Die Vermögenslage der HRE wird insbesondere beeinflusst werden durch den Eintritt oder Nichteintritt beziehungsweise den Grad der Verwirklichung der nachfolgend genannten, möglicherweise sich verwirklichenden Risiken.

- Sollten sich die Credit Spreads von Staaten wie zum Beispiel Griechenland, Portugal, Irland, Island und Spanien sowie anderen Banken weiter bzw. wieder ausweiten, werden die Marktwerte der von ihnen begebenen Wertpapiere sinken. Die HRE hat einen Großteil der Available-for-Sale-Wertpapiere gemäß der im Oktober 2008 veröffentlichten Änderung von IAS 39 „Umgliederung finanzieller Vermögenswerte“ in die Bewertungskategorie „Loans and Receivables“ umkategorisiert. Für den Restbestand der Available-for-Sale-Wertpapiere würden die Credit-Spread-Ausweitungen jedoch zu einer weiteren Belastung der Marktwerte und somit der Afs-Rücklage führen.

- Der Portfoliobestand wird durch Abschmelzung oder Verkäufe und die mögliche Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in eine Abwicklungsanstalt voraussichtlich sinken, was der Fokussierung auf funktionierende Konzerngeschäftsfelder entspricht.
- Die angespannte Situation und die anschließend eingeleiteten Maßnahmen zur Stabilisierung der HRE Group haben in der Politik, den Medien und der Öffentlichkeit zu Debatten geführt. Insgesamt hat das Image der HRE Group gelitten. Auch wenn bereits Erfolge beim Wiedereintritt in Märkte erzielt werden konnten, sind negative Folgen für zukünftige Geschäfts- und Kundenbeziehungen nicht auszuschließen.

Finanzlage Die Finanzlage der HRE Group wird insbesondere beeinflusst werden durch den Eintritt oder Nichteintritt beziehungsweise den Grad der Verwirklichung der nachfolgend genannten möglicherweise sich verwirklichenden Risiken.

- Die erhaltenen Unterstützungsmaßnahmen werden von der Europäischen Kommission im laufenden Beihilfungsverfahren geprüft. In ihrer abschließenden Entscheidung wird die Europäische Kommission höchstwahrscheinlich einzelne wesentliche Auflagen gegen die HRE verhängen, einschließlich einer wesentlichen Verringerung der Bilanzsumme und der Vorgabe eines bestimmten Zeitrahmens für die Reprivatisierung der Deutsche Pfandbriefbank AG. Falls die Europäische Kommission jedoch zu dem Ergebnis kommt, dass die staatlichen Beihilfen nicht oder nicht vollständig mit dem EG-Vertrag übereinstimmen, kann es sein, dass sie Deutschland verpflichtet, diese Beihilfen innerhalb einer bestimmten Frist aufzuheben oder umzugestalten, bzw. die Rückzahlung anordnen. Dies könnte für einzelne oder alle Gesellschaften der HRE zur Insolvenz führen und damit den Bestand der HRE gefährden.
- Auch in den nächsten Jahren wird die Refinanzierung der HRE Group abhängig von den Unterstützungsmaßnahmen durch den SoFFin sein. Die Ablösung der Unterstützungsmaßnahmen wird unter anderem vom Zugang der HRE Group zu den Refinanzierungsmärkten und dem Rating abhängen.

- Die HRE Group hat unwiderrufliche Kreditzusagen und Liquiditätsfazilitäten ausgegeben. Ziehungen können zu weiteren Liquiditätsabflüssen führen.
- Zwar hat sich die Kapitalausstattung der HRE Holding und ihrer Tochterunternehmen durch die Unterstützungen des SoFFin verbessert und die aufsichtsrechtlichen Mindestquoten wurden eingehalten. In den Jahren 2010 und 2011 können sich das IFRS Eigenkapital und das aufsichtsrechtliche Kernkapital aufgrund der oben aufgeführten Ergebnisbelastungen jedoch wieder verringern, wobei derzeit auf der Basis der erwarteten Unterstützungsmaßnahmen durch den SoFFin erwartet wird, dass eine derartige Verringerung nicht die Fortführung der Geschäftstätigkeit der HRE Group in Frage stellen wird.

Das neue Geschäftsmodell stellt eine Chance für die HRE Group dar. Im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierung werden vermutlich viele Wettbewerber den Markt verlassen oder ernsthaft geschwächt sein. Zudem ist die Kreditvergabe allgemein restriktiver geworden. Als Folge sind am Immobilienfinanzierungsmarkt die Margen gestiegen. Die Globalisierung der Finanzströme und Investoren von großvolumigen Projekten werden einen spezialisierten gewerblichen Immobilienfinanzierer wie die HRE Group aufgrund ihrer speziellen Markt- und Produktkenntnis schätzen, dessen Expertise am Markt anerkannt ist und die im Jahr 2009 bereits wieder erfolgreich Neugeschäft abgeschlossen hat. Auch im Bereich der Staatsfinanzierung sind zahlreiche Wettbewerber durch die Finanzmarktkrise beeinträchtigt. Die Erfahrung der HRE im Pfandbriefgeschäft kann daher ein Vorteil sein. Die HRE wird vor diesem Hintergrund auch in den Jahren 2010 und 2011 Marktchancen suchen und Neugeschäft zu attraktiven Margen abschließen. Dabei wird der Fokus strategiekonform auf pfandbrieffähigen Anschlussfinanzierungen und auf neuakquirierten Geschäften in den Bereichen Real Estate und Public Sector liegen.

Die HRE Holding hat am 21. Januar 2010 in Abstimmung mit dem SoFFin bei der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) einen Antrag auf Errichtung einer Abwicklungsanstalt zum wertschonenden Abbau von Vermögenswerten gestellt. Ein Rechtsanspruch auf Einrichtung der Abwicklungsanstalt besteht nicht; ihre Einrichtung steht vielmehr im Ermessen der FMSA. Für die HRE Group kann eine Abwicklungsanstalt eine Chance dar-

stellen, da die Bilanz von nicht strategischen Positionen entlastet wird und das Kerngeschäft schneller freigelegt werden kann.

Die Ergebnisse der Jahre 2010 und 2011 werden voraussichtlich durch die Abschreibungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie die Aufwendungen für die Liquiditätsunterstützungen belastet sein. Darüber hinaus werden sich im Jahr 2010 die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Gründung einer Abwicklungsanstalt mit anschließender Übertragung von Vermögenswerten im Verwaltungsaufwand und somit im Ergebnis negativ auswirken. Die HRE Group geht nicht davon aus, vor 2012 wieder in die Gewinnzone zurückkehren zu können.

4.3.2. Unternehmensspezifische Lage

Die HPBI ist ein gut kapitalisierter und operativ rentabler Staatsfinanzierer, der bislang in das Geschäftsmodell der HRE Group eingebunden war.

Der im Dezember 2008 vorgelegte Restrukturierungsplan der HRE Group konzentrierte sich im Kern auf die teilweise bereits umgesetzte Vereinfachung der Konzernstruktur und eine Konzentration auf deckungsfähiges Geschäft. Die Rolle der HPBI und des Standorts Luxemburg wurden in diesem Zusammenhang bisher noch nicht festgelegt.

Augenblicklich ist die HPBI durch die materielle konzerninterne Refinanzierung von der Entwicklung der HRE Group abhängig. Auch im Geschäftsjahr 2010 wird eine eigenständige Refinanzierung nicht möglich sein. Die Höhe der Kosten für die der HRE Group zur Verfügung gestellten und an die HPBI weitergeleiteten Liquiditätsbereitstellungen wird die Ertragslage der HPBI wesentlich beeinflussen.

Eine verlässliche Prognose hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage kann vor dem Hintergrund der oben dargestellten Risiken bzw. Einflussfaktoren nicht abgegeben werden. Trotz weiter anhaltender Kapitalmarktkrise sehen der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung keine Veranlassung, Einzelwertberichtigungen auf den Forderungsbestand vorzunehmen.

Die HPBI ist als 100 %-ige Tochter der DEPFA Bank plc Teil des sogenannten „Value-Business“, deren Fokus auf Verwaltung und wertschonenden Abbau der Bestände liegt (wie in Kapitel 1.3.1.2 beschrieben). Der Verwaltungsrat der HPBI geht zurzeit von einer Fortführung der Gesellschaft aus.

Die Bundesrepublik Deutschland prüft gegenwärtig, ob sie bestimmte Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Kommission in Verbindung mit dem gestellten Beihilfeantrag zu Gunsten des HRE Konzerns hat, welche sie an die ultimative Muttergesellschaft der HPBI, die HRE Holding AG, zur Umsetzung weitergibt. Der Entwurf dieser Verpflichtungen beinhaltet den aktiven Abbau von Geschäftstätigkeiten der HRE Group. Ein solcher Abbau würde gegenwärtig ein Verbot von Neugeschäft in der DEPFA Bank plc Group (DEPFA Group), zu der auch die HPBI zählt, beinhalten. Weiterhin könnte eine mögliche Ausgliederung von Geschäftsaktivitäten der DEPFA Group, inklusive der gesamten HPBI, unter bestimmten Bedingungen, beinhalten sein. Ausserdem werden die Auswirkungen einer Reprivatisierung der Deutsche Pfandbriefbank AG zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Kommission diskutiert. Da die Bank wesentlich auf bestimmte konzerninterne Unterstützungen und Dienstleistungen der HRE Group sowie der DEPFA Group angewiesen ist, zum Beispiel auf die durch die Deutsche Pfandbriefbank AG bereitgestellte Finanzierung, dürfte die Veräußerung der HPBI, der DEPFA Bank plc, und/oder der Deutsche Pfandbriefbank AG mittelfristig Einfluss auf die finanzielle und unternehmerische Position der HPBI haben.

5. Sonstige Angaben

Die HRE Holding hat am 21. Januar 2010 in Abstimmung mit dem SoFFin bei der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) einen Antrag auf Errichtung einer Abwicklungsanstalt zum wertschonenden Abbau von Vermögenswerten gestellt. Auf diese Abwicklungsanstalt will die HRE Group Bilanzpositionen übertragen, die für die Neuausrichtung des Unternehmens nicht strategienotwendig sind. Die Übertragung soll im zweiten Halbjahr 2010 nach Genehmigung aller erforderlichen Institutionen und Organe erfolgen und Vermögenswerte bis zu 210 Mrd € umfassen.

Es wird erwogen, auch Vermögenswerte und Derivatepositionen der HPBI zu übertragen. Der Verwaltungsrat der HPBI hat in seiner Sitzung vom 28. Januar 2010 beschlossen, dieses Vorhaben zu unterstützen. Ein Rechtsanspruch auf Einrichtung der Abwicklungsanstalt besteht nicht; ihre Einrichtung steht vielmehr im Ermessen der FMSA.

Weitere berichtenswerte Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des vergangenen Geschäftsjahres haben sich nach Schluss des Jahres nicht ereignet.

Luxemburg, 16. März 2010

Verwaltungsrat

- 30 **Bilanz zum 31. Dezember 2009**
 - 32 **Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009**
 - 34 **Bericht des Réviseur d'Entreprises**
 - 35 **Versicherung der gesetzlichen Vertreter**
-

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva		31.12.2009	Vorjahr
in €			
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postscheckämtern		391	10.900.496
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralbank zugelassen sind		355.564.594	405.564.594
Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Werte	355.564.594		405.564.594
Forderungen an Kreditinstitute		537.416.662	713.354.120
Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite	497.996.516		607.683.343
Andere Forderungen	39.420.146		105.670.777
darunter: täglich fällig	39.420.146		63.149.442
Forderungen an Kunden		273.154.117	273.027.026
Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite	273.154.117		273.027.026
Andere Forderungen	-		-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		5.925.165.414	6.722.284.232
Öffentliche Emittenten	1.781.009.532		1.925.210.586
Andere Emittenten	4.104.568.713		4.659.282.294
Eigene Schuldverschreibungen	39.587.169		137.791.352
Sachanlagen		181.590	348.613
Sonstige Vermögensgegenstände		31.477	73.109
Rechnungsabgrenzungsposten		962.881.515	1.085.211.514
Summe der Aktiva		8.054.395.760	9.210.763.704

Passiva				
in €			31.12.2009	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			2.369.378.187	2.054.062.996
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe		5.000.000		5.000.000
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		5.000.000		5.000.000
Andere Verbindlichkeiten		2.364.378.187		2.049.062.996
darunter: täglich fällig		166.054.019		286.689.977
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		2.198.324.168		1.762.373.019
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			1.582.796.661	1.367.796.661
Andere Verbindlichkeiten		1.582.796.661		1.367.796.661
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	1.582.796.661			1.367.796.661
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.582.796.661			1.367.796.661
Verbriefte Verbindlichkeiten			3.772.946.321	5.384.750.633
Begebene Schuldverschreibungen		3.772.946.321		5.384.750.633
Öffentliche Pfandbriefe	3.772.946.321			5.384.750.633
Andere		-		-
Sonstige Verbindlichkeiten			401.303	298.359
Rechnungsabgrenzungsposten			165.906.727	242.692.136
Rückstellungen			5.178.933	5.841.077
Steuerrückstellungen		1.424.283		3.966.059
Andere		3.754.650		1.875.018
Nachrangige Verbindlichkeiten			34.000.000	34.000.000
Gezeichnetes Kapital			66.000.000	66.000.000
Ausgabeagio			15.000.000	15.000.000
Rücklagen			40.321.842	33.021.842
Ergebnis			2.465.786	7.300.000
Summe der Passiva			8.054.395.760	9.210.763.704

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

Aufwendungen			31.12.2009	Vorjahr
in €				
Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen			425.246.805	790.843.000
Provisionsaufwendungen			6.059.493	757.993
Ergebnis aus Finanzgeschäften			-	-
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			3.829.613	3.996.321
Personalaufwand		1.264.294		1.485.038
davon für Löhne und Gehälter	1.089.543			1.272.544
davon für soziale Aufwendungen	160.030			210.771
davon für Altersversorgung	113.624			158.963
Sonstige Personalaufwendungen	14.721			1.723
Andere Verwaltungsaufwendungen		2.565.319		2.511.283
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			149.715	289.420
Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.064	1.137.343
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken			1.000.000	3.000.000
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die Finanzanlagen darstellen			5.632.938	320.000
Steuern auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			349.783	935.774
Ergebnis des Geschäftsjahres			2.465.786	7.300.000
Summe der Aufwendungen			444.735.197	808.579.851

Erträge				
in €			31.12.2009	Vorjahr
Zinserträge und ähnliche Erträge			443.848.871	807.199.874
davon aus festverzinslichen Wertpapieren		209.598.747		333.099.445
Ergebnis aus Finanzgeschäften			108.254	104.824
Provisionserträge			-	45.400
Sonstige betriebliche Erträge			778.072	966.957
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die als Finanzanlagen gehalten werden, auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen			-	262.796
davon Gewinne aus dem Verkauf von festverzinslichen Wertpapieren, die als Finanzanlagen gehalten werden		-		262.796
Summe der Erträge			444.735.197	808.579.851

Bericht des Réviseur d'Entreprises

Bericht zum Jahresabschluss Entsprechend dem uns vom Verwaltungsrat erteilten Auftrag vom 30. März 2009 haben wir den beigefügten Jahresabschluss der Hypo Pfandbrief Bank International S.A. geprüft, der aus der Bilanz zum 31. Dezember 2009, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang für das an diesem Datum abgelaufene Geschäftsjahr besteht.

Verantwortung des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss

Die Erstellung und die den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Darstellung dieses Jahresabschlusses gemäss den in Luxemburg geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen zur Erstellung und Darstellung des Jahresabschlusses liegen in der Verantwortung des Verwaltungsrats. Diese Verantwortung umfasst die Entwicklung, Umsetzung und Aufrechterhaltung des internen Kontrollsystems hinsichtlich der Erstellung und der den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Darstellung des Jahresabschlusses, so dass dieser frei von wesentlichen unzutreffenden Angaben ist, unabhängig davon, ob diese aus Unrichtigkeiten oder Verstössen resultieren, sowie die Auswahl und Anwendung von angemessenen Rechnungslegungsgrundsätzen und -methoden und die Festlegung angemessener rechnungslegungsrelevanter Schätzungen.

Verantwortung des Réviseur d'Entreprises In unserer Verantwortung liegt es, auf der Grundlage unserer Abschlussprüfung über diesen Jahresabschluss ein Prüfungsurteil zu erteilen. Wir führten unsere Abschlussprüfung nach den vom Institut des Réviseurs d'Entreprises umgesetzten internationalen Prüfungsgrundsätzen (International Standards on Auditing) durch. Diese Grundsätze verlangen, dass wir die Berufspflichten und -grundsätze einhalten und die Prüfung dahingehend planen und durchführen, dass mit hinreichender Sicherheit erkannt werden kann, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen unzutreffenden Angaben ist.

Eine Abschlussprüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zum Erhalt von Prüfungsnachweisen für die im Jahresabschluss enthaltenen Wertansätze und Informationen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen obliegt der Beurteilung des Réviseur d'Entreprises ebenso wie die Bewertung des Risikos, dass der Jahresabschluss wesentliche unzutreffende Angaben aufgrund von Unrichtigkeiten oder Verstössen enthält. Im Rahmen dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Réviseur d'Entreprises das für die Erstellung und die den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Darstellung des Jahresabschlusses eingerichtete interne Kontrollsystem, um die unter diesen Umständen angemessenen Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch, um ein Urteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben.

Eine Abschlussprüfung beinhaltet ebenfalls die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und -methoden und der Angemessenheit der vom Verwaltungsrat vorgenommenen Schätzungen sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung

des Jahresabschlusses. Nach unserer Auffassung sind die erlangten Prüfungsnachweise als Grundlage für die Erteilung unseres Prüfungsurteils ausreichend und angemessen.

Prüfungsurteil Nach unserer Auffassung vermittelt der beigefügte Jahresabschluss in Übereinstimmung mit den in Luxemburg geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen betreffend die Erstellung und Darstellung des Jahresabschlusses ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Hypo Pfandbrief Bank International S.A. zum 31. Dezember 2009 sowie der Ertragslage für das an diesem Datum abgelaufene Geschäftsjahr.

Hervorhebung eines Sachverhaltes Ohne unser Prüfungsurteil einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs hin.

Dort ist dargelegt, dass der Fortbestand der Gesellschaft davon abhängig ist, dass der Hypo Real Estate Holding sowie wesentlichen Tochterunternehmen (unter anderem die Hypo Pfandbrief Bank International S.A.) in hinreichendem Umfang Eigenkapital zur Einhaltung von aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen sowie zur Vermeidung einer nachhaltigen Überschuldungssituation zur Verfügung gestellt wird.

Desweiteren ist dort aufgeführt, dass eine externe Unterstützung durch Liquiditätshilfen notwendig ist, um eine Insolvenz aufgrund von Zahlungsunfähigkeit von der Hypo Real Estate Holding oder von wesentlichen Tochtergesellschaften abzuwenden.

Diese Liquiditätshilfen müssen solange zur Verfügung stehen, bis die Hypo Real Estate Holding AG und ihre wesentlichen Tochtergesellschaften sich wieder eigenständig am Geld- oder Kapitalmarkt in ausreichendem Umfang Liquidität beschaffen können, und bis die beschlossenen Restrukturierungsmaßnahmen als auch die Rekapitalisierung planmäßig umgesetzt sind.

Um den Fortbestand der Hypo Real Estate Holding und ihrer wesentlichen Tochtergesellschaften sicherzustellen, ist deshalb insbesondere erforderlich, dass

- der Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) in hinreichendem Umfang Eigenkapitalunterstützung leistet,
- der SoFFin und die Deutsche Bundesbank ihre Liquiditätsunterstützung aufrechterhalten und gegebenenfalls auch weitere Liquiditätshilfe zur Verfügung stellen,
- die Refinanzierung zu tragfähigen Konditionen verstärkt über den Geld- und Kapitalmarkt erfolgt,
- die Restrukturierungsmaßnahmen planmäßig umgesetzt werden,
- die zuständigen Behörden keine aufsichtsrechtlichen Maßnahmen ergreifen werden, sowie
- keine rechtlichen Vorbehalte (insbesondere EU-Verfahren) erfolgreich geltend gemacht werden.

Diese Umstände weisen auf das Bestehen einer wesentlichen Unsicherheit hin, die erhebliche Zweifel an der Fortführungsfähigkeit der Gesellschaft aufwerfen.

Dort wird auch aufgeführt, dass im Anlagebestand Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 3.631 Mio € enthalten sind, deren Marktwert 3.313 Mio € beträgt und bei denen Wertberichtigungen auf den niedrigeren Marktwert nicht vorgenommen wurden, da Leistungsstörungen bisher nicht eingetreten sind und auch nicht erwartet werden. Zur Vermeidung zukünftiger Verluste ist insbesondere erforderlich, dass:

- die Gesellschaft in Zukunft über ausreichende Liquidität verfügt, um die Wertpapiere halten zu können (Haltefähigkeit) und
- der Fortbestand der Gesellschaft insgesamt gewährleistet ist.

Bericht über weitere gesetzliche und aufsichtsrechtliche Verpflichtungen Der Lagebericht, welcher in der Verantwortung des Verwaltungsrats liegt, steht im Einklang mit dem Jahresabschluss.

Luxemburg, 16. März 2010

KPMG Audit S.à r.l. – Réviseurs d'Entreprises
 T. Feld C. Brüne

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäss den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für den Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt. Im Jahresabschluss sind der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben werden.

Luxemburg, 16. März 2010

Daniela Obermeier	Hagen Schmidt
Geschäftsführerin	Geschäftsführer Mitglied des Verwaltungsrates

38	1. Allgemeine Anmerkungen	43	4.4 Rechnungsabgrenzungsposten
38	2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	43	4.5 Rückstellungen
39	2.1 Anlagevermögen	44	4.6 Nachrangige Verbindlichkeiten
40	2.2 Umlaufvermögen	44	4.7 Eigenkapital
40	2.3 Verbindlichkeiten und Rückstellungen	44	4.8 Als Sicherheit gegebene Vermögenswerte für eigene Verbindlichkeiten
40	2.4 Anschaffungskosten von gleichartigen Gegenständen des Vorratsvermögens sowie aller vertretbaren Vermögensgegenstände einschließlich der Wertpapiere	44	5. Angaben zu außerbilanziellen Posten
40	2.5 Währungsumrechnung	45	6. Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung
40	2.6 Bewertung von Finanzderivaten	45	6.1 Geographische Herkunft der Erträge
40	3. Angaben zu Aktivposten	45	6.2 Provisionsaufwendungen
40	3.1 Darstellung der Vermögensgegenstände zum 31. Dezember 2009	45	6.3 Ergebnis aus Finanzgeschäften
41	3.2 Darstellung der Forderungen bzw. Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere gegenüber verbundenen Unternehmen	45	6.4 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Wertpapiere des Finanzanlagebestandes
41	3.3 Überblick über die Eigenmittelanforderungen gemäß CSSF-Rundschreiben 06/273	45	6.5 Sonstige betriebliche Erträge
42	3.4 Informationen über das Kreditrisiko	45	6.6 Honorare Abschlussprüfer
42	3.5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	46	7. Sonstige Erläuterungen
42	3.6 Sonstige Vermögensgegenstände	46	7.1 Personal
42	3.7 Rechnungsabgrenzungsposten	46	7.2 Vergütungen und Kredite an Leitungs- und Aufsichtsorgane
43	4. Angaben zu Passivposten	46	7.3 Einlagensicherungssystem
43	4.1 Darstellung der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2009	46	7.4 Nicht auf Bilanzwährung lautende Positionen
43	4.2 Darstellung der Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	46	8. Anlagespiegel
43	4.3 Sonstige Verbindlichkeiten	47	9. Sonderangaben
		47	9.1 Deckungsrechnung für öffentliche Pfandbriefe
		47	9.2 Weitere Aufgliederung
		48	9.3 Rechnungsabgrenzungsposten
		48	9.4 Zurückgekaufte eigene öffentliche Pfandbriefe
		48	9.5 Zinsrückstände

Anhang

1. Allgemeine Anmerkungen

Die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. (HPBI) wurde am 27. Juli 1999 in Luxemburg unter ihrem ursprünglichen Namen Pfandbrief Bank International S.A. (PBI) gegründet. Am 14. September 1999 wurde vom Finanzminister des Großherzogtums Luxemburg die Lizenz für den Betrieb der Bank als Pfandbriefbank nach Luxemburger Recht (Banque d'émission de lettres de gage) erteilt.

Der Eintrag im Handelsregister erfolgte am 16. August 1999 unter der Nummer 71104 (Sektion B). Die Rechtsgrundlage für den Betrieb einer Pfandbriefbank findet sich im „Gesetz vom 5. April 1993 über den Finanzsektor“ (in seiner derzeit gültigen Fassung) in den Artikeln 12–1 bis 12–9.

Gegründet wurde die Bank ursprünglich von der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG (HVB) und deren deutschen Hypothekenbank-Töchter mit jeweils gleich hohen Kapitalanteilen über eine Holdingkonstruktion.

Im Rahmen der Neuordnung der HVB-Group in 2003 wurde die HPBI ein Tochterunternehmen innerhalb der Hypo Real Estate Group. Seit 31. März 2008 werden alle Kapitalanteile der Bank vollständig von der DEPFA BANK plc, Dublin, (DEPFA) gehalten. Das gezeichnete Kapital der Bank ist voll eingezahlt.

Die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. wird in den Konzernabschluss der Hypo Real Estate Holding AG, München, (HRE Holding) sowie in den Teilkonzernabschluss der DEPFA BANK plc, Dublin, einbezogen. Die Abschlüsse sind am Sitz der jeweiligen Gesellschaften verfügbar.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Bank stehen in Einklang mit den geltenden Regelungen im Großherzogtum Luxemburg und insbesondere mit dem Gesetz vom 17. Juni 1992 betreffend den Jahresabschluss und den Konzernabschluss von Kreditinstituten („Gesetz“). Das vom Gesetz abweichende Gliederungsschema der Bilanz basiert auf der von der Commission de Surveillance du Secteur Financier (CSSF) erarbeiteten Empfehlung zum Jahresabschluss für Pfandbriefbanken. Der Jahresabschluss wurde unter der Prämisse der Unternehmensfortführung erstellt.

Der Fortbestand der Gesellschaft ist durch Risiken bedroht, die im Abschnitt 4.3. „Konzern- und Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen“ des Lageberichtes dargestellt sind. Dort ist aufgeführt, dass der Fortbestand der HRE Holding und wesentlicher Tochtergesellschaften davon abhängig ist, dass der HRE Holding und ihren wesentlichen Tochtergesellschaften in hinreichendem Umfang Eigenkapital zur Einhaltung von aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen sowie zur Vermeidung einer nachhaltigen Überschuldungssituation zur Verfügung gestellt wird. Um eine Insolvenz aufgrund Zahlungsunfähigkeit von wesentlichen Tochtergesellschaften der HRE Holding oder der HRE Holding selbst abzuwenden, ist externe Unterstützung durch Liquiditätshilfen notwendig. Diese Liquiditätshilfen müssen so lange zur Verfügung stehen, bis sich die HRE Holding und ihre wesentlichen Tochtergesellschaften wieder eigenständig am Geld- und Kapitalmarkt in ausreichendem Umfang Liquidität beschaffen können und bis die beschlossenen Restrukturierungsmaßnahmen, als auch die Rekapitalisierung planmäßig umgesetzt sind.

Um den Fortbestand der HRE Holding und wesentlicher Tochtergesellschaften sicherzustellen, ist deshalb insbesondere erforderlich, dass

- der Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) in hinreichendem Umfang Eigenkapitalunterstützung leistet,
- der SoFFin und die Deutsche Bundesbank ihre Liquiditätsunterstützung aufrechterhalten und gegebenenfalls auch weitere Liquiditätshilfe zur Verfügung stellen,
- die Refinanzierung zu tragfähigen Konditionen verstärkt über den Geld- und Kapitalmarkt erfolgt,
- die Restrukturierungsmaßnahmen planmäßig umgesetzt werden,
- die zuständigen Behörden keine aufsichtsrechtlichen Maßnahmen ergreifen werden, sowie
- keine rechtlichen Vorbehalte (insbesondere EU-Verfahren) erfolgreich geltend gemacht werden.

Mit Datum vom 28. März 2009 hat der SoFFin bestätigt, dass er beabsichtigt, die HRE Holding durch eine hinreichende Rekapitalisierung und die Deutsche Pfandbriefbank AG (vormals Hypo Real Estate Bank AG) durch weitere hinreichende Garantieübernahmen zu stabilisieren. Mit Datum vom 6. November 2009 hat der SoFFin die Absichtserklärung erneuert. Insbesondere hat der SoFFin bestätigt, Kapital in hinreichender Höhe zur Verfügung zu stellen, um mindestens die Fortführung der HRE Holding und ihrer wesentlichen Tochtergesellschaften und das erforderliche tragfähige Geschäftsmodell, insbesondere der Deutsche Pfandbriefbank AG sicherzustellen. Die Unterstützung, die die HRE Group insgesamt vom Bund erhält, ist abhängig vom Ergebnis einer abschließenden Prüfung, ggf. eine Abwicklungsanstalt für nicht strategische oder notleidende Vermögenswerte der HRE einzurichten. Darüber hinaus wird der SoFFin über weitere Garantien die Liquidität der Gruppe sicherstellen. Diese sowie gegebenenfalls weitere Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt, dass sie die beihilferechtlichen Anforderungen der EU-Kommission erfüllen.

Als ersten Schritt zur Rekapitalisierung der HRE hat der SoFFin am 28. März 2009 20 Mio HRE Holding Aktien zum gesetzlichen Mindestpreis von 3,00 € je Aktie unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre übernommen. Als zweiten Schritt zur Rekapitalisierung der HRE haben die Aktionäre auf der außerordentlichen Hauptversammlung am 2. Juni 2009 eine Kapitalerhöhung in Höhe von rund 2,96 Mrd € gegen Bareinlage beschlossen. Die rund 986,5 Mio Aktien wurden zum satzungsmäßigen Nennwert und gesetzlichen Mindestpreis von 3,00 € ausgegeben. Zur Zeichnung der neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung wurde ausschließlich der SoFFin zugelassen, das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen. Der SoFFin hielt nach der Eintragung der Kapitalerhöhung am 8. Juni 2009 einen Anteil von 90 % am Grundkapital der Gesellschaft. Am 5. Oktober 2009 wurde auf einer außerordentlichen Hauptversammlung die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf den SoFFin beschlossen. Das Amtsgericht München hat am 13. Oktober 2009 den Übertragungsbeschluss in das Handelsregister eingetragen, wodurch der SoFFin Alleinaktionär der HRE Holding wurde. Als dritten Schritt der Rekapitalisierung hat die HRE im November 2009 eine weitere Kapitalzuführung über insgesamt 3,0 Mrd € vom SoFFin erhalten. Diese Tranche setzt sich aus einer stillen Einlage in die Deutsche Pfandbriefbank AG in Höhe von 1,0 Mrd €, einer Einzahlung in die Rücklage der Deutsche Pfandbriefbank AG in Höhe von 1,3 Mrd € und einer Einzahlung in die Rücklage der HRE Holding in Höhe von 0,7 Mrd € zusammen.

Die HRE Holding hat sich gegenüber dem SoFFin grundsätzlich verpflichtet, die zur Umsetzung der Rekapitalisierung jeweils erforderlichen Schritte zu ergreifen.

Der Finanzanlagebestand der Gesellschaft ist nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die im Wertpapierbestand enthaltenen unrealisierten Verluste sind in Abschnitt 3.5 „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ dargestellt. Dort ist aufgeführt, dass im Anlagebestand von insgesamt 5.925 Mio € Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 3.631 Mio € enthalten sind, bei denen Wertberichtigungen auf den niedrigeren Marktwert in Höhe von 3.313 Mio € nicht vorgenommen wurden, da Ausfälle und Leistungsstörungen bisher nicht eingetreten sind und auch nicht erwartet werden.

Zur Vermeidung eines aus diesem Sachverhalt resultierenden Verlustausweises ist es insbesondere erforderlich, dass

- die Gesellschaft in Zukunft über ausreichende Liquidität verfügt, um die Wertpapiere halten zu können (Haltefähigkeit) und
- der Fortbestand der Gesellschaft insgesamt gewährleistet ist.

Vor dem Hintergrund der genannten Unterstützungsmaßnahmen des SoFFin, des Übergangs aller HRE Holding Aktien auf den SoFFin sowie weiteren in die Wege

geleiteten Maßnahmen und der im Lagebericht dargestellten zukünftigen Chancen, geht das Management zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses von einer Fortführung der HRE Group und der Bank aus.

Die Kapitalwährung ist Euro (€).

Wertberichtigungen Die Bank verfolgt die Politik, spezifische Wertberichtigungen vorzunehmen, um Verlustrisiken und Ausfallrisiken auf bestehende Forderungen abzudecken.

In Übereinstimmung mit den steuerlichen Bestimmungen in Luxemburg wird von der Möglichkeit einer Sammelwertberichtigung zur Vorsorge gegen latente Kreditrisiken Gebrauch gemacht. Die in diesem Zusammenhang zu beachtende Obergrenze von 1,25 % der risikogewichteten Adressrisiken wird eingehalten.

2.1 Anlagevermögen

Sachanlagen Das Sachanlagevermögen wird in der Bilanz zu Anschaffungskosten oder zu Herstellungskosten angesetzt, vermindert um kumulierte Wertberichtigungen. Gegenstände des Sachanlagevermögens unterliegen einer zeitlichen Wertminderung, der durch planmäßige Wertberichtigungen Rechnung getragen wird. Die Wertberichtigungen bemessen sich nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Im Berichtsjahr wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen.

Die erworbenen Vermögensgegenstände mit Anschaffungs-/Herstellungskosten bis zu einem Höchstbetrag von 870 € oder mit einer üblichen Nutzung von weniger als einem Jahr werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben.

Die angewandten Abschreibungssätze zum Bilanzstichtag sind der untenstehenden Tabelle zu entnehmen.

	Wertberichtigungsatz	Methode
Büro- und Geschäftsausstattung	20,00 %	linear
EDV (Hard- und Software)	33,33 %	linear

Finanzanlagevermögen Der Bestand der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauernd zu dienen und die die Bedingungen der Bankenaufsicht erfüllen, wird zu Anschaffungskosten oder bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung zum niedrigeren Börsen- oder Marktpreis in Verbindung mit dem so genannten „Beibehaltungsprinzip“ bewertet. Sämtliche Wertpapiere des Deckungsstockes werden zu Anschaffungskosten bewertet. Wertpapiere, die durch Zins-swaps abgesichert sind (Asset-Swap), werden ebenfalls zu Anschaffungskosten bewertet.

Zum Bilanzstichtag werden alle Wertpapiere des Finanzanlagevermögens zu Anschaffungskosten bewertet.

In diesem Zusammenhang wird auf Kapitel „3.5 Schuldverschreibungen und andere Wertpapiere“ verwiesen.

Agien und Disagien werden zeitanteilig über die Restlaufzeit der Wertpapiere erfolgswirksam abgegrenzt.

2.2 Umlaufvermögen

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere Zum Bilanzstichtag sind keine Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere dem Umlaufvermögen zugeordnet.

Forderungen Die Forderungen sind zu ihren Nominalwerten ausgewiesen. Die aufgelaufenen, nicht fälligen Zinsen sind im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten. Agien und Disagien werden laufzeitgerecht abgegrenzt.

2.3 Verbindlichkeiten und Rückstellungen

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Nominal- oder Rückzahlungsbetrag, Rückstellungen in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

2.4 Anschaffungskosten von gleichartigen Gegenständen des Vorratsvermögens sowie aller vertretbaren Vermögensgegenstände einschließlich der Wertpapiere

Die Bank verwendet zur Ermittlung der Anschaffungskosten die Methode des gewogenen Durchschnittspreises.

2.5 Währungsumrechnung

Die nicht auf Euro lautenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind mit dem EZB-Referenzkurs zum Bilanzstichtag in die Kapitalwährung umgerechnet.

Erträge und Aufwendungen in Fremdwährung werden zum jeweiligen Tageskurs in die Kapitalwährung umgerechnet.

Die Effekte, die sich aus diesen Bewertungsprinzipien ergeben, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam berücksichtigt.

Gedeckte Kassa- bzw. Terminpositionen werden erfolgsneutral behandelt. Auf Bewertungsergebnisse aus nicht gedeckten Positionen wird das Imparitätsprinzip angewandt.

2.6 Bewertung von Finanzderivaten

Derivative Finanzinstrumente werden am Tage des Geschäftsabschlusses als außerbilanzielle Posten erfasst. Sie werden zum jeweiligen Abschlussdatum, sofern sie nicht zur Absicherung gegen Marktrisiken der Bank dienen, unter Beachtung des Imparitätsprinzips zu Marktpreisen bewertet.

3. Angaben zu Aktivposten

3.1 Darstellung der Vermögensgegenstände zum 31. Dezember 2009

Fälligkeitspiegel	Zur Refinanzierung bei der Zentralbank zugelassene Schuldtitel öffentlicher Stellen		Forderungen an Kreditinstitute (einschließlich Zentralbankguthaben)		Forderungen an Kunden	
	31.12.2009	Vorjahr	31.12.2009	Vorjahr	31.12.2009	Vorjahr
in Tsd €						
Täglich fällig	–	–	38.914	74.510	–	–
Bis 3 Monate	150.565	30.000	20.506	85.529	50.000	–
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	50.000	45.000	20.111	66.429	–	–
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	100.000	250.565	230.482	270.447	162.491	212.421
Mehr als 5 Jahre	55.000	80.000	227.404	227.340	60.663	60.606
Summe	355.565	405.565	537.417	724.255	273.154	273.027

Die täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute beinhalten zum Bilanzstichtag keine nennenswerten Guthaben bei der Zentralbank (Vorjahr 10.900 Tsd €).

3.2 Darstellung der Forderungen bzw. Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren gegenüber verbundenen Unternehmen

in Tsd €	31.12.2009	Vorjahr
Forderungen an Kreditinstitute	506	42.061
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	88.087	186.291
Summe	88.593	228.352
Davon eigene Schuldverschreibungen	39.587	137.791

3.3 Überblick über die Eigenmittelanforderungen gemäß CSSF-Rundschreiben 06/273

in Tsd €	Eigenmittelanforderungen
Eigenmittelanforderungen für Forderungen, die dem Standardansatz unterliegen	
Forderungen an Zentralverwaltungen und -banken	808
Forderungen an Institute	3.566
Forderungen an Unternehmen	826
Sonstige Aktiva	23
Eigenmittelanforderungen für Forderungen, die dem IRB-Ansatz unterliegen, mit eigener Schätzung der Verluste bei Ausfall und/oder Umrechnungsfaktoren (fortgeschrittener IRB-Ansatz)	
Forderungen an Zentralverwaltungen und -banken	14.291
Forderungen an Institute	11.206
Forderungen im Rahmen einer Verbriefung	28.195
Eigenmittelanforderung zur Deckung des Währungsrisikos	1.046
Eigenmittelanforderung zur Deckung des operationellen Risikos	2.205
Summe	62.166
Haftendes Eigenkapital	155.627
Eigenmittelquote (in %)	20,03

3.4 Informationen über das Kreditrisiko

Die Forderungen sowie die Schuldverschreibungen und die anderen festverzinslichen Wertpapiere (nach Abzug von Wertberichtigungen) gliedern sich zum Bilanzstichtag wie folgt:

Restlaufzeit in Tsd €	≤ 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre ≤ 10 Jahre	> 10 Jahre	Summe
Kreditinstitute					
Europa	268.927	814.932	1.264.852	-	2.348.711
Japan	-	47.109	-	-	47.109
Kanada	15.509	-	-	-	15.509
Südkorea	16.986	10.378	26.784	-	54.148
USA	9.000	-	3.846	-	12.847
Sonstige	-	-	17.642	-	17.642
Summe	310.423	872.419	1.313.124	-	2.495.966
Öffentliche Kreditnehmer (ohne Kreditinstitute)					
Europa	390.895	464.854	849.742	1.254.019	2.959.510
Japan	-	51.917	-	-	51.917
Kanada	44.860	20.824	4.415	192.174	262.273
Südkorea	-	-	32.500	-	32.500
USA	-	10.909	20.777	1.242.449	1.274.135
Sonstige	-	-	15.000	-	15.000
Summe	435.755	548.504	922.434	2.688.642	4.595.335
Gesamtsumme	746.178	1.420.923	2.235.558	2.688.642	7.091.301

3.5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (nach Abzug von Wertberichtigungen)

in Tsd €	31.12.2009	Vorjahr
Börsennotierte Werte	5.295.820	6.022.631
Nicht börsennotierte Werte	629.345	699.653
Summe	5.925.165	6.722.284

Die im Folgejahr fällig werdenden Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere betragen 417.404 Tsd €.

Schuldverschreibungen von am Euro teilnehmenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die zur Refinanzierung bei einer Zentralbank der Euro-Zone zugelassen sind, belaufen sich am Bilanzstichtag auf nominal 3.795 Mio €.

Der Bestand an Schuldverschreibungen ist zum Bilanzstichtag, wie auch im Vorjahr, dem Finanzanlagebestand zuzuordnen.

Der kumulierte Betrag der abgegrenzten Agien beträgt zum Bilanzstichtag 1.312 Tsd €; abgegrenzte kumulierte Disagien werden in Höhe von 4.576 Tsd € ausgewiesen. Rücknahmeverpflichtungen aus Pensionsgeschäften bestanden zum 31. Dezember 2009 in Höhe von 1.820.654 Tsd €, davon 1.370.000 Tsd € aus Geschäften mit der Zentralbank.

Für Wertpapiere des Finanzanlagebestandes mit einem Buchwert in Höhe von 3.631.000 Tsd € (Marktwert 3.313.237 Tsd €) wurden Wertberichtigungen auf den niedrigeren Kurswert nicht vorgenommen, da bisher keine Ausfälle oder Leistungsstörungen eingetreten sind bzw. erwartet werden.

Für die hier angegebenen Marktwerte werden Marktpreise bzw. von Maklern gestellte Preise/Kurven herangezogen. Für Wertpapiere, für die derartige Werte nicht vorlagen (3.654.062 Tsd €), wurden Bewertungsverfahren mittels direkt oder indirekt beobachtbarer, marktbasierter Parameter angewendet.

3.6 Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände (31 Tsd €) enthalten ausstehende Forderungen und Rückerstattungsansprüche.

3.7 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten im Wesentlichen Zinsabgrenzungen und Agio- bzw. Disagioabgrenzungen aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft. Hierbei belaufen sich die Disagien aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft auf 690.322 Tsd €.

4. Angaben zu Passivposten

4.1 Darstellung der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2009

Fälligkeitsspiegel in Tsd €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	
	31.12.2009	Vorjahr	31.12.2009	Vorjahr
Täglich fällig	166.054	286.690	-	-
Bis 3 Monate	1.567.114	1.555.900	27.500	-
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	636.210	206.473	68.200	-
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	-	5.000	117.000	142.700
Mehr als 5 Jahre	-	-	1.370.097	1.225.097
Summe	2.369.378	2.054.063	1.582.797	1.367.797

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultieren 1.820.654 Tsd € aus Pensionsgeschäften.

Verbriefte Verbindlichkeiten zum 31.12.2009 in Tsd €	Öffentliche Pfandbriefe	Sonstige Schuldverschreibungen	Total
Täglich fällig	-	-	-
Bis 3 Monate	583.066	-	583.066
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	166.330	-	166.330
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.790.321	-	1.790.321
Mehr als 5 Jahre	1.233.229	-	1.233.229
Summe	3.772.946	-	3.772.946

Die im Folgejahr fälligen verbrieften Verbindlichkeiten belaufen sich auf 749.396 Tsd €.

4.2 Darstellung der Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen in Höhe von 547 Mio € (Vorjahr 488 Mio €) aus kurzfristigen Geldhandelsgeschäften.

4.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten (401 Tsd €) enthalten überwiegend zum Bilanzstichtag ausstehende Zahlungen für abzuführende Mehrwertsteuer, Lohnsteuer und Sozialabgaben.

4.4 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten im Wesentlichen Zinsabgrenzungen und Agien- bzw. Disagien.

4.5 Rückstellungen

Die ausgewiesenen anderen Rückstellungen wurden für am Bilanzstichtag bestehende Verpflichtungen gegenüber dem Personal sowie das abgelaufene Geschäftsjahr betreffende Verpflichtungen gegenüber Dritten (Prüfungskosten, Beratungskosten etc.) gebildet. Der größte Einzelposten entfällt mit 1.839 Tsd € auf eine langfristige Verpflichtung in Zusammenhang mit der gewährten Liquiditätsunterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland. Während das Finanzkonsortium im Dezember 2009 im Rahmen der Restrukturierung der im November 2008 gewährten Liquiditätsunterstützung erwartungsgemäß auf eine erfolgsabhängige Prämie verzichtet hat, hat der Bund in seiner Eigenschaft als Garant bislang nicht formal auf eine erfolgsabhängige Prämie verzichtet. Die im Vorjahr gebildete Rückstellung für Restrukturierungsmaßnahmen wurde im Berichtsjahr teilweise aufgelöst. Der Bestand der bisher nicht in Anspruch genommenen Rückstellung für Restrukturierungsmaßnahmen beträgt zum Bilanzstichtag 615 Tsd €.

4.6 Nachrangige Verbindlichkeiten

Per 28. Dezember 2000 hat die Bank eine „Stille Einlage“ in Höhe von 9 Mio € hereingenommen. Die Laufzeit war unbegrenzt, die Verzinsung gewinnabhängig. Aufsichtsrechtlich war sie dem Ergänzungskapital 1. Ordnung zuzurechnen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2003 wurde die Stille Einlage in eine Nachrangemission umgewandelt; Verzinsung, Laufzeit und aufsichtsrechtliche Zuordnung blieben unverändert. Im Berichtsjahr wurden für Zinsen 531,9 Tsd € erfolgswirksam eingestellt.

Am 18. Mai 2001 hat die Bank Nachrangmittel über 15 Mio € emittiert. Die Nachrangmittel wurden per 30. Januar 2002 um 10 Mio € auf 25 Mio € bei gleich lautenden Bedingungen aufgestockt. Die ab dem 18. Mai 2017 in Raten zurückzuzahlenden Nachrangmittel werden letztmalig zum 18. Mai 2026 getilgt; die Verzinsung beläuft sich auf 6,8 % p. a. Im Berichtsjahr wurden für Zinsen 1.700 Tsd € erfolgswirksam eingestellt. Aufsichtsrechtlich sind diese Nachrangmittel dem Ergänzungskapital 2. Ordnung zuzuordnen.

4.7 Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 66 Mio € und ist in 66.000 nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

Nach dem Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften muss die Bank jährlich einen Betrag in Höhe von wenigstens 5 % des jährlichen Nettogewinns einer gesetzlichen Rücklage zuführen,

5. Angaben zu außerbilanziellen Posten

Transaktionen in derivativen Instrumenten werden ausschließlich zu Sicherungszwecken im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung im OTC-Markt getätigt. Handelsgeschäfte mit Derivaten wurden nicht getätigt. Grundsätzlich wurden mit den Handelspartnern im Derivategeschäft Netting-Vereinbarungen zur Risikoreduktion getroffen.

Im Berichtszeitraum wurden Zins- und Währungsswaps in Höhe von 117 Mio € in die Deckung einbezogen. Mit den betreffenden Kontrahenten wurden vertragliche Vereinbarungen getroffen, die die Informations- bzw. weiteren Mitwirkungspflichten regeln. Das Verfahren ist aufsichtsrechtlich und mit dem Treuhänder abgestimmt.

Das Nominalvolumen der offenen nicht bilanzwirksamen Geschäfte belief sich zum Ende des Jahres 2009 auf 7.017 Mio €, wovon auf verbundene Unternehmen

bis diese 10 % des gezeichneten Kapitals erreicht. Die gesetzliche Rücklage darf nicht ausgeschüttet werden. Zum Bilanzstichtag bestand eine gesetzliche Rücklage in Höhe von 2.195 Tsd € sowie eine freie Rücklage über 38.127 Tsd €.

Die Bank nutzt die steuerliche Möglichkeit der Anrechnung der Vermögensteuerzahllast, die voraussetzt, dass das Fünffache der Vermögensteuerzahllast in eine spezielle Gewinnrücklage eingestellt wird. Eine Ausschüttung dieser Rücklage ist für jeweils fünf Jahre nicht möglich, sofern die Vermögensteuer endgültig nicht mehr gezahlt werden soll. In den Rücklagen sind 13.210 Tsd € für die Anrechnung der Vermögensteuer enthalten. Für das Berichtsjahr soll wiederum eine entsprechende Rücklagenzuführung vorgenommen werden.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2009 beträgt 2.466 Tsd. €. Gemäß dem Gewinnverwendungsvorschlag soll ein Betrag von 2.000 Tsd € der Vermögensteuer-rücklage, 125 Tsd € der gesetzlichen Rücklage sowie 341 Tsd € den freien Rücklagen zugeführt werden.

4.8 Als Sicherheit gegebene Vermögenswerte für eigene Verbindlichkeiten

Bei der Zentralbank wurden Vermögensgegenstände in Höhe von nominal 1.549.600 Tsd € als Sicherheit hinterlegt. Die im Vorjahr im Rahmen der Einräumung einer Liquiditätsfazilität für die HRE Group verpfändeten Wertpapiere in Höhe von 32.500 Tsd € wurden mit Wirkung vom 23. Dezember 2009 freigegeben.

4.006 Mio € entfielen. Für das aus Derivaten resultierende Adressrisiko werden unter anderem die Bruttowiederbeschaffungswerte (Replacement-Costs) ermittelt. Diese errechnen sich als Summe aller positiven Marktwerte ohne Berücksichtigung von Netting-Vereinbarungen. Das so definierte Adressrisiko (maximales Ausfallrisiko) belief sich Ende 2009 auf 357 Mio € oder 5,09 % des ausstehenden Nominalvolumens.

Legt man nach bankaufsichtsrechtlichen Maßstäben zusätzlich für zukünftige potentielle Risiken die Add-Ons und ferner die Risikogewichtung zugrunde, ergibt sich Ende 2009 ein Adressrisiko nach der Marktwertmethode von 93 Mio €. Die HPBI wird auch zukünftig streng darauf achten, das Kontrahentenrisiko durch aktive Steuerung in einem engen Rahmen zu halten. Kontrahenten im Derivategeschäft sind ausschließlich OECD-Banken.

in Mio €	Nominal Restlaufzeit ≤ 1 Jahr	Nominal Restlaufzeit ≤ 5 Jahre	Nominal Restlaufzeit > 5 Jahre	Summe Nominale	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte	Adress- risiken
Zinsbezogene Geschäfte							
Zinsswaps (gleiche Währung)	1.155	1.571	3.210	5.936	179	414	-
Zinsoptionen – Käufe	31	51	-	82	1	-	-
Sonstige Zinskontrakte	-	-	-	-	-	-	-
Währungsbezogene Geschäfte							
Devisenswaps	227	-	-	227	-	4	-
Cross-Currency-Swaps	51	249	472	772	177	14	-
Summe	1.464	1.871	3.682	7.017	357	432	93*

*) wegen Netting-Vereinbarungen nicht aufteilbar

Die Derivate wurden nur zu Sicherungszwecken abgeschlossen. Den obigen negativen Marktwerten stehen entsprechende stille Reserven in den abgesicherten Grundgeschäften gegenüber.

6. Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

6.1 Geographische Herkunft der Erträge

Die Erträge der Bank resultieren zum überwiegenden Teil aus Geschäftsbeziehungen mit Kontrahenten mit Sitz in Europa und Nordamerika.

6.2 Provisionsaufwendungen

In den Provisionsaufwendungen sind Gebühren für die Inanspruchnahme der durch den SoFFin und die Bundesrepublik Deutschland garantierten Liquidität in Höhe von 5.150 Tsd € enthalten. Im Berichtszeitraum wurden durchschnittlich 520 Mio € über die HRE Group in Anspruch genommen.

6.3 Ergebnis aus Finanzgeschäften

In diesem Posten sind die Bewertung von Fremdwährungspositionen und das Ergebnis aus Devisengeschäften, die zu Sicherungszwecken abgeschlossen wurden, enthalten.

6.4 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Wertpapiere des Finanzanlagebestandes

Im Berichtsjahr hat die Bank Wertpapiere in Höhe von nominal 208 Mio € im Zuge des konsequenten Abbaus von nicht-strategischen Beständen verkauft. Aus dem Verkauf dieser Wertpapiere sowie dem close-out zugehöriger Swaps entstanden Verluste in Höhe von 5.633 Tsd €.

6.5 Sonstige betriebliche Erträge

Dieser Ausweis beinhaltet im Wesentlichen die Auflösung von Rückstellungen für Verwaltungsaufwendungen für Vorjahre sowie die teilweise Auflösung von Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen.

6.6 Honorare Abschlussprüfer

Das im Geschäftsjahr als andere Verwaltungsaufwendungen erfasste Honorar für den Abschlussprüfer KPMG Audit S.à.r.l. Luxemburg und Mitgliedsfirmen des KPMG Netzwerkes setzt sich wie folgt zusammen:

Honorar für	31.12.2009	Vorjahr
in € inkl. MwSt.		
Jahresabschluss	87.501	87.573
Sonstige Prüfungsleistungen	102.284	93.745
Sonstige Leistungen	-	3.450
Summe	189.785	184.768

7. Sonstige Erläuterungen

7.1 Personal

Der durchschnittliche Personalbestand im Berichtsjahr stellt sich wie folgt dar:

Geschäftsführung inklusive Abteilungsleiter:	2,8
Übrige Mitarbeiter:	10,5

Zum Jahresende bestand die Geschäftsführung aus zwei Personen. Außerdem gehörten 11 Mitarbeiter zum Personalbestand.

7.2 Vergütungen und Kredite an Leitungs- und Aufsichtsorgane

An Mitglieder der Leitungsorgane (Geschäftsführung und Abteilungsleiter) oder an weitere Mitglieder des Verwaltungsrates wurden keine Kredite vergeben.

Den Mitgliedern der Leitungsorgane wurden für das Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 335 Tsd € vergütet.

7.3 Einlagensicherungssystem

Die Bank ist Mitglied der „Association pour la Garantie des Dépôts, Luxembourg“ (AGDL) und damit des Einlagensicherungsverbandes des Bankensektors im Großherzogtum Luxemburg. Die Bildung einer Rückstellung war nicht erforderlich.

7.4 Nicht auf Bilanzwährung lautende Positionen

Der Gesamtbetrag an Vermögensgegenständen in Fremdwährung (ohne Euro-Währungen) beläuft sich auf 2.142 Mio €. Verbindlichkeiten in fremder Währung bestanden zum Jahresende in Höhe von 2.076 Mio €. Diese Positionen sind fast vollständig durch Währungs- und Zins-/Währungsswaps abgesichert.

8. Anlagespiegel

in Tsd €	Anschaffungskosten	Zugänge Geschäftsjahr	Abgänge Geschäftsjahr	Abschreibung Geschäftsjahr	Abschreibung kumuliert	Restbuchwert 31.12.2009	Restbuchwert Vorjahr
Betriebs- und Geschäftsausstattung	523	-	-17	-150	-324	182	349
Davon EDV	422	-	-17	-139	-233	172	328
Wertpapiere des Anlagevermögens	6.722.284	7.129	-804.248	-	-	5.925.165	6.722.284
Summe	6.722.807	7.129	-804.265	-150	-324	5.925.347	6.722.633

Die Zugänge für Wertpapiere im Anlagebestand sind auf Wechselkurseffekte und Kapitalisierungen bei Nullkuponanleihen zurückzuführen.

9. Sonderangaben

Deckungsrechnung für den nach Art. 12-1 bis 12-9 des Gesetzes vom 5. April 1993 über den Finanzsektor bestehenden Deckungsbestand Die Angaben beschränken sich auf die Darstellung der öffentlichen Pfandbriefe. Hypothekendarlehen wurden nicht emittiert. Derivative Finanzinstrumente wurden am Bilanzstichtag zur Deckung mit einem Bestandswert von 117.255 Tsd € herangezogen.

9.1 Deckungsrechnung für öffentliche Pfandbriefe

in Tsd €	31.12.2009
Deckungswerte	5.021.582
Ersatzdeckung	
Wertpapiere	45.400
Bankguthaben	-
Gesamtdeckung	5.066.982
Umlauf	
Inhabertitel	3.730.716
Namenstitel	905.270
Gesamtumlauf (deckungspflichtig)	4.635.986
Überdeckung	430.996

9.2 Weitere Aufgliederung

9.2.1 Deckungswerte

Ordentliche Deckung	31.12.2009
in Tsd €	
Forderungen an Kreditinstitute Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite	497.996
Forderungen an Kunden Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite	628.719
Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten oder anderer Emittenten, die von öffentlichen Stellen garantiert sind	3.582.311
Gedekte öffentliche Inhaber-Pfandbriefe	195.301
Derivative Produkte	117.255
Zwischensumme	5.021.582
Ersatzdeckung	
Schuldverschreibungen gemäß Art. 42 (3) OGAW-Gesetz	45.400
Summe	5.066.982

9.2.2 Deckungsbestand der Kommunaldarlehen

Aufgliederung der Größenklassen		Anzahl	in Tsd €
31.12.2009			
Bis 25 Mio €		47	620.944
Bis 50 Mio €		43	1.478.372
Bis 100 Mio €		35	2.302.117
Über 100 Mio €		5	665.549
Summe		130	5.066.982

Aufgliederung nach Ländern	in Tsd €	in %
USA	1.085.427	21,4
Deutschland	921.162	18,2
Österreich	550.169	10,9
Spanien	518.514	10,2
Kanada	392.299	7,7
Schweiz	357.239	7,1
Italien	240.517	4,7
Portugal	158.000	3,1
Irland	107.141	2,1
Int. Organisationen	101.557	2,0
Japan	98.942	2,0
Frankreich	97.000	1,9
Belgien	88.347	1,7
Slowenien	80.000	1,6
Großbritannien	79.914	1,6
Luxembourg	61.800	1,2
Südkorea	54.326	1,1
Finnland	45.400	0,9
Polen	20.221	0,4
Slowakei	8.000	0,2
Schweden	1.007	0,0
Summe	5.066.982	100,0

9.2.3 Barwertige Deckungsrechnung

in Mio €	Deckungspflichtige öffentliche Pfandbriefe ¹			in %
	Deckungsstock	Überdeckung		
Nominal	5.067	4.636	431	9,3
Barwertig ²	5.407	4.838	569	11,8
Barwertig, bei einer Verschiebung der Zinskurve				
um + 100 bp	5.193	4.662	531	11,4
um - 100 bp	5.646	5.035	611	12,1

¹ Lettres de gage publiques; ² mit ursprünglichen Credit Spreads berechnet

9.3 Rechnungsabgrenzungsposten

in Tsd €	31.12.2009
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	
Zinsabgrenzung	154.383
Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	696.264
Andere	112.235
Summe	962.882
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	
Zinsabgrenzung	146.824
Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	3.811
Andere	15.272
Summe	165.907

9.4 Zurückgekaufte eigene öffentliche Pfandbriefe

Im Berichtsjahr wurden keine eigenen öffentlichen Pfandbriefe zurückgekauft und aufgelöst (Vorjahr 15 Mio €). Zum Bilanzstichtag wird ein Bestand mit einem Buchwert von 39,6 Mio € ausgewiesen. Aufgrund der Marktsituation sind Wiederplatzierungen nicht vorgesehen.

9.5 Zinsrückstände

Die im Berichtsjahr fälligen Zinsen aus Forderungen und Wertpapieren sind vollständig eingegangen.

Rückstände bestehen nicht; Abschreibungen oder Wertberichtigungen auf Zinsen wurden nicht vorgenommen.

- 52 **Mitglieder des Verwaltungsrats**
- 52 **Geschäftsleiter der Bank im Berichtsjahr**
- 52 **Réviseur Spécial**

Gremien

Mitglieder des Verwaltungsrats

Dr. Markus Fell , Grünwald Vorsitzender bis 20. Januar 2009	Mitglied des Vorstandes der Hypo Real Estate Holding AG
Cyril Dunne , Dublin Vorsitzender seit 2. Februar 2009	Mitglied des Vorstandes (CEO) der DEPFA Bank plc
Julia Hoggett , Dublin bis 23. Februar 2009	Mitglied des Vorstandes der DEPFA ACS Bank plc
James William Campbell , Dublin bis 27. April 2009	Mitglied des Vorstandes (COO) der DEPFA Bank plc
Michael Schultheiss , München vom 23. Februar 2009 bis 29. April 2009	Head of Treasury der Deutsche Pfandbriefbank AG (vormals Hypo Real Estate Bank AG)
Fiona Gregan , London vom 29. April 2009 bis 13. August 2009	Mitglied des Vorstandes (CRO) der Depfa Bank plc
Stephane Rio , Soisy sur Seine seit 23. Februar 2009	Mitglied des Vorstandes der DEPFA Bank plc
Markus Fels , Rosenheim seit 13. August 2009	Head of Group Finance der Deutsche Pfandbriefbank AG
Klaus Söllner , Trier bis 31. August 2009	Administrateur-Délégué
Hagen Schmidt , Trier	Administrateur-Délégué

Geschäftsleiter der Bank im Berichtsjahr

Hagen Schmidt , Trier	Administrateur-Délégué
Klaus Söllner , Trier bis 31. August 2009	Administrateur-Délégué
Daniela Obermeier , München seit 1. September 2009	Directeur-Délégué

Réviseur Spécial

PricewaterhouseCoopers S.à.r.l.

Hypo Pfandbrief Bank International S.A.
4, rue Alphonse Weicker
L-2721 Luxembourg
Tel.: +352 26 41-47 00
Fax: +352 26 41-47 99
info@hpbi.lu
www.hpbi.lu